Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/466

11. 06. 87

Sachgebiet 64

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen)

A. Zielsetzung

Vor dem Hintergrund eines internationalen Strukturwandels gewinnen private Direktinvestitionen zunehmend an Bedeutung. Aus diesem Grunde soll die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) mit dem Auftrag betraut werden, privatwirtschaftliche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch Garantien gegen nicht-kommerzielle Risiken sowie durch gezielte Förderungsmaßnahmen und Verbesserungen des Investitionsklimas in diesen Ländern zu beleben. Als neue selbständige Entwicklungsorganisation, an der Industrie- und Entwicklungsländer beteiligt sind, soll die MIGA die Aktivitäten der Weltbankgruppe ergänzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Weltbankgruppe. Sie beabsichtigt, sich an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur zu beteiligen. Diese Beteiligung soll zugleich die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur beteiligten Entwicklungsländern festigen.

B. Lösung

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich als Gründungsmitglied an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur. Der Agentur werden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens zumindest vier weitere Industrieländer und fünfzehn Entwicklungsländer angehören.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für die Bundesrepublik Deutschland ist eine Beteiligung von 50 710 000 Sonderziehungsrechten vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 5,071 % am Grundkapital. 10 % des gezeichneten Kapitals sind innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in bar zu zahlen. Weitere 10 % sind in unverzinslichen Schuldscheinen zu hinterlegen; die restlichen 80 % bilden Gewährleistungen in Form von abrufbarem Kapital. Beides soll nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (214) – 650 10 – Mi 6/87

Bonn, den 11. Juni 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen) mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher und englischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Übereinkommen sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 15. Mai 1987 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden. Der Bundesrat wird ihn in seiner 578. Sitzung am 26. Juni 1987 beraten.

Federführend ist der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Zur Erfüllung der Verbindlichkeiten, die der Bundesrepublik Deutschland aus dem Beitritt zur Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur erwachsen, wird die Bundesregierung ermächtigt, vom Grundkapital einen Anteil von 50 710 000 Sonderziehungsrechten (in Worten: fünfzig Millionen siebenhundertzehntausend Sonderziehungsrechten) zu zeichnen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 61 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da durch die Steuerbefreiungen nach Artikel 47 des Übereinkommens auch Steuereinnahmen berührt werden, die ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zustehen.

Zu Artikel 2

Von dem Grundkapital in Höhe von einer Milliarde Sonderziehungsrechten soll die Bundesrepublik Deutschland ihrer Beteiligung am Kapital der Weltbank vergleichbar einen Anteil im Wert von 50,71 Millionen Sonderziehungsrechten zeichnen. 10 % des gezeichneten Kapitals (entspricht 5,071 Millionen Sonderziehungsrechten) sind innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in bar zu zahlen. Weitere 10 % sind innerhalb derselben Frist in unverzinslichen Schuldscheinen zu hinterlegen; die restlichen 80 % bilden Gewährleistungen in Form von abrufbarem Kapital. Beides soll nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden.

Zu Artikel 3

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Wegen der Geringfügigkeit der für die Maßnahme erforderlichen Beträge sind keine Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, zu erwarten.

Übereinkommen zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur

Convention Establishing the Multilateral Investment Guarantee Agency

(Übersetzung)

Preamble

The Contracting States

Considering the need to strengthen international cooperation for economic development and to foster the contribution to such development of foreign investment in general and private foreign investment in particular;

Recognizing that the flow of foreign investment to developing countries would be facilitated and further encouraged by alleviating concerns related to non-commercial risks;

Desiring to enhance the flow to developing countries of capital and technology for productive purposes under conditions consistent with their development needs, policies and objectives, on the basis of fair and stable standards for the treatment of foreign investment;

Convinced that the Multilateral Investment Guarantee Agency can play an important role in the encouragement of foreign investment complementing national and regional investment guarantee programs and private insurers of non-commercial risk; and

Realizing that such Agency should, to the extent possible, meet its obligations without resort to its callable capital and that such an objective would be served by continued improvement in investment conditions,

Have Agreed as follows:

Chapter I

Establishment, Status, Purposes and Definitions

Article 1

Establishment and Status of the Agency

(a) There is hereby established the Multilateral Investment Guarantee Agency (hereinafter called the Agency).

(b) The Agency shall possess full juridical personality and, in particular, the capacity to:

(i) contract;

(ii) acquire and dispose of movable and immovable property; and

(iii) institute legal proceedings.

Article 2

Objective and Purposes

The objective of the Agency shall be to encourage the flow of investments for productive purposes among member countries, and in particular to developing member countries, thus supplementing the activities of the International Bank for Reconstruction

Präambel

Die Vertragsstaaten –

im Hinblick auf die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung zu stärken und den Beitrag ausländischer Investitionen im allgemeinen und privater ausländischer Investitionen im besonderen zu dieser Entwicklung zu fördern,

in der Erkenntnis, daß der Fluß ausländischer Investitionen in die Entwicklungsländer durch Beseitigung der Besorgnisse in bezug auf nichtkommerzielle Risiken erleichtert und weiter gefördert würde,

in dem Wunsch, den Kapital- und Technologiefluß in die Entwicklungsländer für produktive Zwecke zu Bedingungen, die ihren Entwicklungsbedürfnissen, -richtlinien und -zielen entsprechen, auf der Grundlage gerechter und dauerhafter Normen für die Behandlung ausländischer Investitionen auszuweiten,

in der Überzeugung, daß die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur eine wichtige Rolle bei der Förderung ausländischer Investitionen als Ergänzung nationaler und regionaler Investitionsgarantie-Programme und privater Versicherer nichtkommerzieller Risiken spielen kann, und

in der Erkenntnis, daß diese Agentur soweit möglich ihren Verpflichtungen ohne Rückgriff auf ihr abrufbares Kapital nachkommen sollte und daß diesem Ziel durch ständige Verbesserung der Investitionsbedingungen gedient würde –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I

Errichtung, Rechtsstellung, Zweck und Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Errichtung und Rechtsstellung der Agentur

a) Hiermit wird die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (im folgenden als Agentur bezeichnet) errichtet.

b) Die Agentur besitzt volle Rechtspersönlichkeit und namentlich die Fähigkeit,

i) Verträge zu schließen;

ii) bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen;

iii) vor Gericht zu stehen.

Artikel 2

Ziel und Zweck

Ziel der Agentur ist es, den Fluß von Investitionen für produktive Zwecke unter den Mitgliedstaaten, insbesondere in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten, zu fördern und dadurch die Tätigkeit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Ent-

and Development (hereinafter referred to as the Bank), the International Finance Corporation and other international development finance institutions.

To serve its objective, the Agency shall:

(a) issue guarantees, including coinsurance and reinsurance, against non-commercial risks in respect of investments in a member country which flow from other member countries;

(b) carry out appropriate complementary activities to promote the flow of investments to and among developing member countries; and

(c) exercise such other incidental powers as shall be necessary or desirable in the furtherance of its objective.

The Agency shall be guided in all its decisions by the provisions of this Article.

Article 3

Definitions

For the purposes of this Convention:

(a) "Member" means a State with respect to which this Convention has entered into force in accordance with Article 61.

(b) "Host country" or "host government" means a member, its government, or any public authority of a member in whose territories, as defined in Article 66, an investment which has been guaranteed or reinsured, or is considered for guarantee or reinsurance, by the Agency is to be located.

(c) A "developing member country" means a member which is listed as such in Schedule A hereto as this Schedule may be amended from time to time by the Council of Governors referred to in Article 30 (hereinafter called the Council).

(d) A "special majority" means an affirmative vote of not less than two-thirds of the total voting power representing not less than fifty-five percent of the subscribed shares of the capital stock of the Agency.

(e) A "freely usable currency" means (i) any currency designated as such by the International Monetary Fund from time to time and (ii) any other freely available and effectively usable currency which the Board of Directors referred to in Article 30 (hereinafter called the Board) may designate for the purposes of this Convention after consultation with the International Monetary Fund and with the approval of the country of such currency.

wicklung (im folgenden als Bank bezeichnet), der Internationalen Finanz-Corporation und anderer internationaler Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen zu ergänzen.

Zur Erreichung ihres Zieles wird die Agentur

a) Garantien einschließlich Mitversicherung und Rückversicherung für nichtkommerzielle Risiken in bezug auf Investitionen in einem Mitgliedstaat, die aus anderen Mitgliedstaaten kommen, gewähren;

b) geeignete zusätzliche Tätigkeiten zur Förderung des Flusses von Investitionen in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten und zwischen ihnen durchführen und

c) sonstige Befugnisse ausüben, die sich aus ihrer Tätigkeit ergeben und zur Erreichung ihres Zieles notwendig oder wünschenswert sind.

Die Agentur läßt sich in allen ihren Beschlüssen von den Bestimmungen dieses Artikels leiten.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

a) bedeutet „Mitglied" einen Staat, für den das Übereinkommen nach Artikel 61 in Kraft getreten ist;

b) bedeutet „Gastland" oder „Gastregierung" ein Mitglied, die Regierung oder jede Behörde eines Mitglieds, in dessen Hoheitsgebiet im Sinne des Artikels 66 eine von der Agentur garantierte oder rückversicherte beziehungsweise für eine Garantie oder Rückversicherung in Betracht gezogene Investition vorgenommen werden soll;

c) bedeutet ein „in der Entwicklung befindlicher Mitgliedstaat" ein Mitglied, das als solches in Anhang A in seiner von Zeit zu Zeit von dem in Artikel 30 genannten Gouverneursrat (im folgenden als Rat bezeichnet) geänderten Fassung aufgeführt ist;

d) bedeutet eine „besondere Mehrheit" eine Zustimmung durch mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl, die mindestens fünfundfünfzig v. H. der gezeichneten Anteile des Grundkapitals der Agentur vertreten;

e) bedeutet eine „frei verwendbare Währung" i) jede vom Internationalen Währungsfonds von Zeit zu Zeit als solche bezeichnete Währung und ii) jede sonstige frei verfügbare und tatsächlich verwendbare Währung, die das in Artikel 30 genannte Direktorium für die Zwecke des Übereinkommens nach Konsultationen mit dem Internationalen Währungsfonds und mit Zustimmung des Landes der betreffenden Währung als solche bezeichnen kann.

Chapter II

Membership and Capital

Article 4

Membership

(a) Membership in the Agency shall be open to all members of the Bank and to Switzerland.

(b) Original members shall be the States which are listed in Schedule A hereto and become parties to this Convention on or before October 30, 1987.

Article 5

Capital

(a) The authorized capital stock of the Agency shall be one billion Special Drawing Rights (SDR 1,000,000,000). The capital stock shall be divided into 100,000 shares having a par value of SDR 10,000 each, which shall be available for subscription by members. All payment obligations of members with respect to capital stock shall be settled on the basis of the average value of

Kapitel II

Mitgliedschaft und Kapital

Artikel 4

Mitgliedschaft

a) Die Mitgliedschaft in der Agentur steht allen Mitgliedern der Bank sowie der Schweiz offen.

b) Gründungsmitglieder sind die in Anhang A aufgeführten Mitglieder, die am oder vor dem 30. Oktober 1987 Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

Artikel 5

Kapital

a) Das genehmigte Grundkapital der Agentur beträgt eine Milliarde Sonderziehungsrechte (1 000 000 000 SZR). Das Grundkapital ist in 100 000 Anteile mit einem Nennwert von je 10 000 SZR aufgeteilt, die von den Mitgliedern gezeichnet werden können. Alle Zahlungsverpflichtungen der Mitglieder hinsichtlich des Grundkapitals werden auf der Grundlage des Durchschnittswerts

the SDR in terms of United States dollars for the period January 1, 1981 to June 30, 1985, such value being 1.082 United States dollars per SDR.

(b) The capital stock shall increase on the admission of a new member to the extent that the then authorized shares are insufficient to provide the shares to be subscribed by such member pursuant to Article 6.

(c) The Council, by special majority, may at any time increase the capital stock of the Agency.

Article 6

Subscription of Shares

Each original member of the Agency shall subscribe at par to the number of shares of capital stock set forth opposite its name in Schedule A hereto. Each other member shall subscribe to such number of shares of capital stock on such terms and conditions as may be determined by the Council, but in no event at an issue price of less than par. No member shall subscribe to less than fifty shares. The Council may prescribe rules by which members may subscribe to additional shares of the authorized capital stock.

Article 7

Division and Calls of Subscribed Capital

The initial subscription of each member shall be paid as follows:

(i) Within ninety days from the date on which this Convention enters into force with respect to such member, ten percent of the price of each share shall be paid in cash as stipulated in Section (a) of Article 8 and an additional ten percent in the form of non-negotiable, non-interest-bearing promissory notes or similar obligations to be encashed pursuant to a decision of the Board in order to meet the Agency's obligations.

(ii) The remainder shall be subject to call by the Agency when required to meet its obligations.

Article 8

Payment of Subscription of Shares

(a) Payments of subscriptions shall be made in freely usable currencies except that payments by developing member countries may be made in their own currencies up to twenty-five percent of the paid-in cash portion of their subscriptions payable under Article 7 (i).

(b) Calls on any portion of unpaid subscriptions shall be uniform on all shares.

(c) If the amount received by the Agency on a call shall be insufficient to meet the obligations which have necessitated the call, the Agency may make further successive calls on unpaid subscriptions until the aggregate amount received by it shall be sufficient to meet such obligations.

(d) Liability on shares shall be limited to the unpaid portion of the issue price.

Article 9

Valuation of Currencies

Whenever it shall be necessary for the purposes of this Convention to determine the value of one currency in terms of another, such value shall be as reasonably determined by the Agency, after consultation with the International Monetary Fund.

des SZR in US-Dollar für die Zeit vom 1. Januar 1981 bis zum 30. Juni 1985 ermittelt; dieser Wert beträgt 1,082 US-Dollar je SZR.

b) Das Grundkapital wird bei Aufnahme eines neuen Mitglieds in dem Umfang erhöht, in dem die Anteile, die zu diesem Zeitpunkt genehmigt sind, nicht ausreichen, um die Anteile zur Verfügung zu stellen, die von diesem Mitglied nach Artikel 6 gezeichnet werden müssen.

c) Der Rat kann das Grundkapital der Agentur jederzeit mit besonderer Mehrheit erhöhen.

Artikel 6

Zeichnung der Anteile

Jedes Gründungsmitglied zeichnet zum Nennwert die Anzahl Anteile am Grundkapital, die in Anhang A neben seinem Namen aufgeführt sind. Jedes andere Mitglied zeichnet eine vom Rat festgesetzte Anzahl Anteile am Grundkapital zu vom Rat festgelegten Bedingungen, keinesfalls jedoch zu einem Ausgabepreis von weniger als dem Nennwert. Kein Mitglied zeichnet weniger als fünfzig Anteile. Der Rat kann Vorschriften erlassen, nach denen die Mitglieder zusätzliche Anteile des genehmigten Grundkapitals zeichnen dürfen.

Artikel 7

Aufteilung und Abruf des gezeichneten Kapitals

Die ursprünglichen Zeichnungsbeträge jedes Mitglieds werden wie folgt eingezahlt:

i) Innerhalb von neunzig Tagen nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen für das Mitglied in Kraft getreten ist, werden zehn v. H. des Preises jedes Anteils entsprechend der Bestimmung in Artikel 8 Buchstabe a in bar und weitere zehn v. H. in Form von nicht begebbaren, unverzinslichen Solawechseln oder ähnlichen Schuldscheinen eingezahlt, die auf Beschluß des Direktoriums zur Erfüllung der Verbindlichkeiten der Agentur eingelöst werden.

ii) Der Rest unterliegt einem Abruf durch die Agentur, wenn er zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten benötigt wird.

Artikel 8

Zahlung auf gezeichnete Anteile

a) Zahlungen auf Zeichnungsbeträge erfolgen in frei verwendbaren Währungen mit der Ausnahme, daß von in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten Zahlungen bis zu fünfundzwanzig v. H. ihrer nach Artikel 7 Ziffer i in bar erfolgenden Zahlungen auf ihre gezeichneten Anteile in ihrer eigenen Währung geleistet werden können.

b) Abrufe auf Teile nicht eingezahlter Zeichnungsbeträge erfolgen einheitlich für alle Anteile.

c) Reicht der bei der Agentur auf einen Abruf eingegangene Betrag nicht aus, um ihre den Abruf bedingenden Verbindlichkeiten zu erfüllen, so kann die Agentur weitere aufeinanderfolgende Abrufe nicht eingezahlter Zeichnungsbeträge vornehmen, bis der bei ihr eingegangene Gesamtbetrag zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten ausreicht.

d) Die Haftung aus den Anteilen ist auf den nicht eingezahlten Teil des Ausgabepreises der Anteile beschränkt.

Artikel 9

Bewertung der Währungen

Erweist es sich für die Zwecke dieses Übereinkommens als notwendig, den Wert einer Währung gegenüber einer anderen festzustellen, so ist ein von der Agentur nach Konsultationen mit dem Internationalen Währungsfonds in angemessener Weise festgesetzter Wert zugrunde zu legen.

Article 10

Refunds

(a) The Agency shall, as soon as practicable, return to members amounts paid on calls on subscribed capital if and to the extent that:

(i) the call shall have been made to pay a claim resulting from a guarantee or reinsurance contract and thereafter the Agency shall have recovered its payment, in whole or in part, in a freely usable currency; or

(ii) the call shall have been made because of a default in payment by a member and thereafter such member shall have made good such default in whole or in part; or

(iii) the Council, by special majority, determines that the financial position of the Agency permits all or part of such amounts to be returned out of the Agency's revenues.

(b) Any refund effected under this Article to a member shall be made in freely usable currency in the proportion of the payments made by that member to the total amount paid pursuant to calls made prior to such refund.

(c) The equivalent of amounts refunded under this Article to a member shall become part of the callable capital obligations of the member under Article 7 (ii).

Artikel 10

Rückzahlungen

a) Die Agentur zahlt den Mitgliedern so bald wie möglich die auf Abrufe auf das gezeichnete Kapital eingezahlten Beträge zurück, sofern und soweit

i) der Abruf zur Zahlung einer Forderung aus einem Garantie- oder Rückversicherungsvertrag erfolgte und die Agentur danach ihren ausgezahlten Betrag ganz oder teilweise in einer frei verwendbaren Währung zurückerhalten hat,

ii) der Abruf wegen des Zahlungsverzugs eines Mitglieds erfolgte und das Mitglied danach seinen Zahlungsverpflichtungen ganz oder teilweise nachgekommen ist oder

iii) der Rat mit besonderer Mehrheit feststellt, daß die finanzielle Lage der Agentur eine Rückzahlung aller oder eines Teiles der Beträge aus den Einnahmen der Agentur zuläßt.

b) Jede aufgrund dieses Artikels vorgenommene Rückzahlung an ein Mitglied erfolgt in frei verwendbarer Währung in dem Verhältnis, in dem die Zahlungen des betreffenden Mitglieds zu dem Gesamtbetrag der Zahlungen stehen, die vor dieser Rückzahlung auf frühere Abrufe hin erfolgten.

c) Der Gegenwert der aufgrund dieses Artikels an ein Mitglied zurückgezahlten Beträge wird Teil der abrufbaren Kapitalverbindlichkeiten des Mitglieds nach Artikel 7 Ziffer ii.

Chapter III

Operations

Article 11

Covered Risks

(a) Subject to the provisions of Sections (b) and (c) below, the Agency may guarantee eligible investments against a loss resulting from one or more of the following types of risk:

(i) Currency Transfer

any introduction attributable to the host government of restrictions on the transfer outside the host country of its currency into a freely usable currency or another currency acceptable to the holder of the guarantee, including a failure of the host government to act within a reasonable period of time on an application by such holder for such transfer;

(ii) Expropriation and Similar Measures

any legislative action or administrative action or omission attributable to the host government which has the effect of depriving the holder of a guarantee of his ownership or control of, or a substantial benefit from, his investment, with the exception of non-discriminatory measures of general application which governments normally take for the purpose of regulating economic activity in their territories;

(iii) Breach of Contract

any repudiation or breach by the host government of a contract with the holder of a guarantee, when (a) the holder of a guarantee does not have recourse to a judicial or arbitral forum to determine the claim of repudiation or breach, or (b) a decision by such forum is not rendered within such reasonable period of time as shall be prescribed in the contracts of guarantee pursuant to the Agency's regulations, or (c) such a decision cannot be enforced; and

(iv) War and Civil Disturbance

any military action or civil disturbance in any territory of the host country to which this Convention shall be applicable as provided in Article 66.

Kapitel III

Geschäftstätigkeit

Artikel 11

Gedeckte Risiken

a) Vorbehaltlich der Buchstaben b und c kann die Agentur für berücksichtigungsfähige Investitionen eine Garantie gegen Verlust übernehmen, der sich aus dem Eintritt einer oder mehrerer der folgenden Risikoarten ergibt:

i) Transfer von Währungsbeträgen

jede der Gastregierung zurechenbare Einführung von Beschränkungen hinsichtlich des Transfers ihrer Währung außerhalb des Gastlands in eine frei verwendbare Währung oder eine andere für den Garantienehmer annehmbare Währung, einschließlich des Versäumnisses der Gastregierung, dem Antrag dieses Garantienehmers auf einen solchen Transfer innerhalb einer angemessenen Frist zu entsprechen;

ii) Enteignung und ähnliche Maßnahmen

jede der Gastregierung zurechenbare Gesetzgebungs- oder Verwaltungsmaßnahme oder -unterlassung, die bewirkt, daß dem Garantienehmer das Eigentum an seiner Investition oder seine Kontrolle darüber beziehungsweise ein erheblicher Nutzen aus seiner Investition entzogen wird; ausgenommen sind allgemein anwendbare, nicht diskriminierende Maßnahmen, welche die Regierungen üblicherweise zur Regelung der Wirtschaftstätigkeit in ihrem Hoheitsgebiet treffen;

iii) Vertragsverletzung

jede Nichtanerkennung oder jede Verletzung eines Vertrags mit dem Garantienehmer durch die Gastregierung, wenn a) der Garantienehmer kein Gericht oder Schiedsgericht anrufen kann, um einen Anspruch wegen der Nichtanerkennung oder Verletzung feststellen zu lassen, oder b) eine Entscheidung dieses Gerichts nicht innerhalb einer angemessenen Frist ergeht, wie sie in den Garantieverträgen aufgrund der Vorschriften der Agentur bestimmt ist, oder c) eine solche Entscheidung nicht durchgesetzt werden kann, und

iv) Krieg und zivile Unruhen

militärische Handlungen oder zivile Unruhen in einem Hoheitsgebiet des Gastlands, auf das dieses Übereinkommen nach Artikel 66 anwendbar ist.

(b) Upon the joint application of the investor and the host country, the Board, by special majority, may approve the extension of coverage under this Article to specific non-commercial risks other than those referred to in Section (a) above, but in no case to the risk of devaluation or depreciation of currency.

(c) Losses resulting from the following shall not be covered:

(i) any host government action or omission to which the holder of the guarantee has agreed or for which he has been responsible; and

(ii) any host government action or omission or any other event occurring before the conclusion of the contract of guarantee.

b) Auf gemeinsamen Antrag des Investors und des Gastlands kann das Direktorium mit besonderer Mehrheit die Ausweitung der Deckung aufgrund dieses Artikels auf bestimmte andere nichtkommerzielle Risiken als die unter Buchstabe a bezeichneten genehmigen, keinesfalls jedoch auf das Risiko der Währungsabwertung oder -entwertung.

c) Verluste, die sich aus folgenden Vorkommnissen ergeben, sind nicht abgedeckt:

i) jede Handlung oder Unterlassung der Gastregierung, der der Garantienehmer zugestimmt hat oder für die er verantwortlich ist, und

ii) jede Handlung oder Unterlassung der Gastregierung vor Abschluß des Garantievertrags oder jedes andere vor diesem Zeitpunkt eintretende Ereignis.

Article 12

Eligible Investments

(a) Eligible investments shall include equity interests, including medium- or long-term loans made or guaranteed by holders of equity in the enterprise concerned, and such forms of direct investment as may be determined by the Board.

(b) The Board, by special majority, may extend eligibility to any other medium- or long-term form of investment, except that loans other than those mentioned in Section (a) above may be eligible only if they are related to a specific investment covered or to be covered by the Agency.

(c) Guarantees shall be restricted to investments the implementation of which begins subsequent to the registration of the application for the guarantee by the Agency. Such investments may include:

(i) any transfer of foreign exchange made to modernize, expand, or develop an existing investment; and

(ii) the use of earnings from existing investments which could otherwise be transferred outside the host country.

(d) In guaranteeing an investment, the Agency shall satisfy itself as to:

(i) the economic soundness of the investment and its contribution to the development of the host country;

(ii) compliance of the investment with the host country's laws and regulations;

(iii) consistency of the investment with the declared development objectives and priorities of the host country; and

(iv) the investment conditions in the host country, including the availability of fair and equitable treatment and legal protection for the investment.

Artikel 12

Berücksichtigungsfähige Investitionen

a) Zu den berücksichtigungsfähigen Investitionen gehören Kapitalbeteiligungen, einschließlich der von Anteilseignern des betreffenden Unternehmens gewährten oder garantierten mittel- oder langfristigen Darlehen, sowie die vom Direktorium gegebenenfalls festgelegten Formen von Direktinvestitionen.

b) Das Direktorium kann mit besonderer Mehrheit festlegen, daß auch andere mittel- oder langfristige Investitionsformen berücksichtigungsfähig sind; jedoch dürfen andere als die unter Buchstabe a genannten Darlehen nur berücksichtigt werden, wenn sie mit einer bestimmten Investition in Zusammenhang stehen, die von der Agentur abgedeckt ist oder abgedeckt werden soll.

c) Die Garantien sind auf Investitionen beschränkt, deren Durchführung nach der Eintragung des Garantieantrags durch die Agentur beginnt. Diese Investitionen können folgendes umfassen:

i) jeden Devisentransfer zum Zweck der Modernisierung, Erweiterung oder Entwicklung einer vorhandenen Investition und

ii) die Verwendung der Erträge aus vorhandenen Investitionen, die sonst aus dem Gastland transferiert werden könnten.

d) Bei der Übernahme einer Garantie für eine Investition muß sich die Agentur vom Vorliegen folgender Tatsachen vergewissern:

i) die wirtschaftliche Solidität der Investition und ihren Beitrag zur Entwicklung des Gastlands;

ii) die Übereinstimmung der Investition mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Gastlands;

iii) die Übereinstimmung der Investition mit den erklärten Entwicklungszielen und -prioritäten des Gastlands und

iv) die Investitionsbedingungen im Gastland, einschließlich der Verfügbarkeit einer gerechten und angemessenen Behandlung und eines Rechtsschutzes für die Investition.

Article 13

Eligible Investors

(a) Any natural person and any juridical person may be eligible to receive the Agency's guarantee provided that:

(i) such natural person is a national of a member other than the host country;

(ii) such juridical person is incorporated and has its principal place of business in a member or the majority of its capital is owned by a member or members or nationals thereof, provided that such member is not the host country in any of the above cases; and

(iii) such juridical person, whether or not it is privately owned, operates on a commercial basis.

Artikel 13

Berücksichtigungsfähige Investoren

a) Jede natürliche Person und jede juristische Person kann als Empfänger einer Garantie der Agentur berücksichtigt werden,

i) sofern die natürliche Person Staatsangehöriger eines Mitglieds mit Ausnahme des Gastlands ist;

ii) sofern die juristische Person in einem Mitglied gegründet ist und dort ihren Hauptsitz hat oder sofern ihre Kapitalmehrheit einem oder mehreren Mitgliedern oder deren Staatsangehörigen gehört; in keinem der genannten Fälle darf jedoch das Mitglied das Gastland sein;

iii) sofern die juristische Person, gleichviel ob sie sich in Privateigentum befindet oder nicht, auf kommerzieller Grundlage arbeitet.

(b) In case the investor has more than one nationality, for the purposes of Section (a) above the nationality of a member shall prevail over the nationality of a non-member, and the nationality of the host country shall prevail over the nationality of any other member.

(c) Upon the joint application of the investor and the host country, the Board, by special majority, may extend eligibility to a natural person who is a national of the host country or a juridical person which is incorporated in the host country or the majority of whose capital is owned by its nationals, provided that the assets invested are transferred from outside the host country.

b) Hat der Investor mehr als eine Staatsangehörigkeit, so geht für die Zwecke des Buchstabens a die Staatsangehörigkeit eines Mitglieds der Staatsangehörigkeit eines Nichtmitglieds und die Staatsangehörigkeit des Gastlands der Staatsangehörigkeit jedes anderen Mitglieds vor.

c) Auf gemeinsamen Antrag des Investors und des Gastlands kann das Direktorium mit besonderer Mehrheit festlegen, daß auch eine natürliche Person, die Staatsangehöriger des Gastlands ist, oder eine juristische Person, die im Gastland gegründet ist oder deren Kapitalmehrheit seinen Staatsangehörigen gehört, berücksichtigungsfähig ist; das investierte Kapital muß in diesem Fall jedoch aus einem Land außerhalb des Gastlands transferiert werden.

Article 14

Eligible Host Countries

Investments shall be guaranteed under this Chapter only if they are to be made in the territory of a developing member country.

Artikel 14

Berücksichtigungsfähige Gastländer

Für Investitionen wird eine Garantie nach diesem Kapitel nur gewährt, wenn sie im Hoheitsgebiet eines in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaats vorgenommen werden sollen.

Article 15

Host Country Approval

The Agency shall not conclude any contract of guarantee before the host government has approved the issuance of the guarantee by the Agency against the risks designated for cover.

Artikel 15

Genehmigung des Gastlands

Die Agentur darf einen Garantievertrag erst schließen, wenn die Gastregierung die Gewährung der Garantie durch die Agentur gegen die von ihr bezeichneten Risiken, die gedeckt werden sollen, genehmigt hat.

Article 16

Terms and Conditions

The terms and conditions of each contract of guarantee shall be determined by the Agency subject to such rules and regulations as the Board shall issue, provided that the Agency shall not cover the total loss of the guaranteed investment. Contracts of guarantee shall be approved by the President under the direction of the Board.

Artikel 16

Bedingungen

Die Bedingungen jedes Garantievertrags werden von der Agentur nach Maßgabe der vom Direktorium erlassenen Regeln und Vorschriften festgelegt; die Agentur darf jedoch nicht den gesamten Verlust der garantierten Investition abdecken. Garantieverträge werden vom Präsidenten gemäß den Weisungen des Direktoriums genehmigt.

Article 17

Payment of Claims

The President under the direction of the Board shall decide on the payment of claims to a holder of a guarantee in accordance with the contract of guarantee and such policies as the Board may adopt. Contracts of guarantee shall require holders of guarantees to seek, before a payment is made by the Agency, such administrative remedies as may be appropriate under the circumstances, provided that they are readily available to them under the laws of the host country. Such contracts may require the lapse of certain reasonable periods between the occurrence of events giving rise to claims and payments of claims.

Artikel 17

Befriedigung von Forderungen

Der Präsident entscheidet gemäß den Weisungen des Direktoriums entsprechend dem Garantievertrag und den vom Direktorium gegebenenfalls erlassenen Richtlinien über die Befriedigung von Forderungen eines Garantienehmers. In den Garantieverträgen wird den Garantienehmern auferlegt, sich um Abhilfen im Verwaltungsweg zu bemühen, die den Umständen angemessen sind, bevor eine Zahlung durch die Agentur erfolgt, sofern ihnen solche Abhilfen nach den Rechtsvorschriften des Gastlands ohne weiteres zur Verfügung stehen. Die Verträge können den Ablauf bestimmter angemessener Fristen zwischen dem Eintritt eines die Forderung begründenden Ereignisses und der Befriedigung der Forderung vorschreiben.

Article 18

Subrogation

(a) Upon paying or agreeing to pay compensation to a holder of a guarantee, the Agency shall be subrogated to such rights or claims related to the guaranteed investment as the holder of a guarantee may have had against the host country and other obligors. The contract of guarantee shall provide the terms and conditions of such subrogation.

(b) The rights of the Agency pursuant to Section (a) above shall be recognized by all members.

(c) Amounts in the currency of the host country acquired by the Agency as subrogee pursuant to Section (a) above shall be accorded, with respect to use and conversion, treatment by the host country as favorable as the treatment to which such funds

Artikel 18

Abtretung

a) Bei Zahlung oder bei Zustimmung zur Zahlung einer Entschädigung an einen Garantienehmer werden etwaige Rechte oder Forderungen des Garantienehmers gegenüber dem Gastland und anderen Schuldnern in bezug auf die garantierte Investition an die Agentur abgetreten. Die Bedingungen für die Abtretung werden im Garantievertrag festgelegt.

b) Die Rechte der Agentur nach Buchstabe a werden von allen Mitgliedern anerkannt.

c) Von der Agentur als Rechtsnachfolger nach Buchstabe a erworbene Beträge in der Währung des Gastlands genießen hinsichtlich der Verwendung und des Umtausches eine ebenso günstige Behandlung durch das Gastland, wie sie solchen Mitteln

would be entitled in the hands of the holder of the guarantee. In any case, such amounts may be used by the Agency for the payment of its administrative expenditures and other costs. The Agency shall also seek to enter into arrangements with host countries on other uses of such currencies to the extent that they are not freely usable.

Article 19

Relationship to National and Regional Entities

The Agency shall cooperate with, and seek to complement the operations of, national entities of members and regional entities the majority of whose capital is owned by members, which carry out activities similar to those of the Agency, with a view to maximizing both the efficiency of their respective services and their contribution to increased flows of foreign investment. To this end, the Agency may enter into arrangements with such entities on the details of such cooperation, including in particular the modalities of reinsurance and coinsurance.

Article 20

Reinsurance of National and Regional Entities

(a) The Agency may issue reinsurance in respect of a specific investment against a loss resulting from one or more of the non-commercial risks underwritten by a member or agency thereof or by a regional investment guarantee agency the majority of whose capital is owned by members. The Board, by special majority, shall from time to time prescribe maximum amounts of contingent liability which may be assumed by the Agency with respect to reinsurance contracts. In respect of specific investments which have been completed more than twelve months prior to receipt of the application for reinsurance by the Agency, the maximum amount shall initially be set at ten percent of the aggregate contingent liability of the Agency under this Chapter. The conditions of eligibility specified in Articles 11 to 14 shall apply to reinsurance operations, except that the reinsured investments need not be implemented subsequent to the application for reinsurance.

(b) The mutual rights and obligations of the Agency and a reinsured member or agency shall be stated in contracts of reinsurance subject to such rules and regulations as the Board shall issue. The Board shall approve each contract for reinsurance covering an investment which has been made prior to receipt of the application for reinsurance by the Agency, with a view to minimizing risks, assuring that the Agency receives premiums commensurate with its risk, and assuring that the reinsured entity is appropriately committed toward promoting new investment in developing member countries.

(c) The Agency shall, to the extent possible, assure that it or the reinsured entity shall have the rights of subrogation and arbitration equivalent to those the Agency would have if it were the primary guarantor. The terms and conditions of reinsurance shall require that administrative remedies are sought in accordance with Article 17 before a payment is made by the Agency. Subrogation shall be effective with respect to the host country concerned only after its approval of the reinsurance by the Agency. The Agency shall include in the contracts of reinsurance provisions requiring the reinsured to pursue with due diligence the rights or claims related to the reinsured investment.

Article 21

Cooperation with Private Insurers and with Reinsurers

(a) The Agency may enter into arrangements with private insurers in member countries to enhance its own operations and

im Besitz des Garantienehmers zustünden. Diese Beträge können von der Agentur auf jeden Fall zur Deckung ihrer Verwaltungsausgaben und sonstigen Kosten verwendet werden. Die Agentur bemüht sich auch, mit den Gastländern Vereinbarungen über andere Arten der Verwendung dieser Währungen zu treffen, soweit diese nicht frei verwendbar sind.

Artikel 19

Verhältnis zu nationalen und regionalen Rechtsträgern

Die Agentur arbeitet mit nationalen Rechtsträgern der Mitglieder und mit regionalen Rechtsträgern, deren Kapitalmehrheit Mitgliedern gehört und die in ähnlicher Weise wie die Agentur tätig sind, zusammen und versucht, deren Geschäftstätigkeit zu ergänzen, um sowohl die Leistungsfähigkeit ihrer jeweiligen Dienste als auch ihren Beitrag zu einem verstärkten Fluß ausländischer Investitionen auf ein Höchstmaß zu verstärken. Zu diesem Zweck kann die Agentur mit diesen Rechtsträgern Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im einzelnen treffen, insbesondere die Modalitäten der Rückversicherung und Mitversicherung.

Artikel 20

Rückversicherung nationaler und regionaler Rechtsträger

a) Die Agentur kann für eine bestimmte Investition eine Rückversicherung gegen Verluste aus einem oder mehreren nichtkommerziellen Risiken gewähren, die von einem Mitglied oder einer Agentur desselben oder von einer regionalen Investitions-Garantie-Agentur, deren Kapitalmehrheit Mitgliedern gehört, übernommen worden sind. Das Direktorium schreibt mit besonderer Mehrheit von Zeit zu Zeit Höchstbeträge für Eventualverpflichtungen vor, die von der Agentur in bezug auf Rückversicherungsverträge übernommen werden können. Für bestimmte, mehr als zwölf Monate vor Eingang des Rückversicherungsantrags bei der Agentur abgeschlossene Investitionen wird der Höchstbetrag zunächst auf zehn v. H. der gesamten Eventualverpflichtung der Agentur aufgrund dieses Kapitels festgesetzt. Die Voraussetzungen für die Berücksichtigungsfähigkeit nach den Artikeln 11 bis 14 gelten für Rückversicherungsgeschäfte; rückversicherte Investitionen brauchen jedoch nicht erst nach Stellung des Antrags auf Rückversicherung durchgeführt zu werden.

b) Die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Agentur und eines rückversicherten Mitglieds oder einer rückversicherten Agentur werden unter Einhaltung der vom Direktorium erlassenen Regeln und Vorschriften in einem Rückversicherungsvertrag festgelegt. Das Direktorium genehmigt jeden Rückversicherungsvertrag, der sich auf eine vor Eingang des Antrags auf Rückversicherung bei der Agentur erfolgte Investition bezieht, mit dem Ziel, Risiken auf ein Mindestmaß zu beschränken, zu gewährleisten, daß die Agentur ihren Risiken entsprechende Prämien erhält, und zu gewährleisten, daß der rückversicherte Rechtsträger sich in angemessener Weise verpflichtet hat, neue Investitionen in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten zu fördern.

c) Die Agentur gewährleistet in größtmöglichem Umfang, daß sie oder der rückversicherte Rechtsträger Rechte in bezug auf Abtretung und Schiedsgerichtsbarkeit haben, die denen entsprechen, welche die Agentur hätte, wenn sie ursprünglicher Garantiegeber wäre. Die Rückversicherungsbedingungen schreiben vor, daß Abhilfen im Verwaltungsweg nach Artikel 17 angestrebt werden müssen, bevor eine Zahlung durch die Agentur erfolgt. Eine Abtretung wird in bezug auf das betroffene Gastland erst wirksam, nachdem dieses die Rückversicherung durch die Agentur genehmigt hat. Die Agentur nimmt in die Rückversicherungsverträge Bestimmungen auf, die von dem Rückversicherten verlangen, daß er die mit der rückversicherten Investition zusammenhängenden Rechte oder Forderungen mit gebührender Sorgfalt verfolgt.

Artikel 21

Zusammenarbeit mit privaten Versicherern und mit Rückversicherern

a) Die Agentur kann mit privaten Versicherern in den Mitgliedstaaten Absprachen treffen, um ihre eigene Geschäftstätigkeit

encourage such insurers to provide coverage of non-commercial risks in developing member countries on conditions similar to those applied by the Agency. Such arrangements may include the provision of reinsurance by the Agency under the conditions and procedures specified in Article 20.

auszuweiten und diese Versicherer dazu zu bewegen, in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten Versicherungsschutz für nichtkommerzielle Risiken zu ähnlichen Bedingungen wie den von der Agentur angewendeten zu gewähren. Diese Absprachen können eine Rückversicherung durch die Agentur nach den in Artikel 20 vorgesehenen Bedingungen und Verfahren umfassen.

(b) The Agency may reinsure with any appropriate reinsurance entity, in whole or in part, any guarantee or guarantees issued by it.

b) Die Agentur kann jede von ihr gewährte Garantie ganz oder teilweise bei einem geeigneten Rückversicherer rückversichern.

(c) The Agency will in particular seek to guarantee investments for which comparable coverage on reasonable terms is not available from private insurers and reinsurers.

c) Die Agentur wird sich insbesondere bemühen, Investitionen zu garantieren, für die ein vergleichbarer Versicherungsschutz zu angemessenen Bedingungen von privaten Versicherern und Rückversicherern nicht erhältlich ist.

Article 22

Limits of Guarantee

(a) Unless determined otherwise by the Council by special majority, the aggregate amount of contingent liabilities which may be assumed by the Agency under this Chapter shall not exceed one hundred and fifty percent of the amount of the Agency's unimpaired subscribed capital and its reserves plus such portion of its reinsurance cover as the Board may determine. The Board shall from time to time review the risk profile of the Agency's portfolio in the light of its experience with claims, degree of risk diversification, reinsurance cover and other relevant factors with a view to ascertaining whether changes in the maximum aggregate amount of contingent liabilities should be recommended to the Council. The maximum amount determined by the Council shall not under any circumstances exceed five times the amount of the Agency's unimpaired subscribed capital, its reserves and such portion of its reinsurance cover as may be deemed appropriate.

Artikel 22

Höchstbeträge für Garantien

a) Sofern der Rat nicht mit besonderer Mehrheit etwas anderes bestimmt, darf der Gesamtbetrag der Eventualverpflichtungen, die von der Agentur aufgrund dieses Kapitels übernommen werden können, einhundertfünfzig v. H. des Betrags des unverminderten gezeichneten Kapitals der Agentur und ihrer Reserven zuzüglich des vom Direktorium bestimmten Teiles ihrer Dekkungsansprüche aus Rückversicherungen nicht übersteigen. Das Direktorium überprüft von Zeit zu Zeit das Risikoprofil des Bestands der Agentur angesichts ihrer Erfahrungen mit Forderungen, des Ausmaßes der Risikostreuung, der Deckungsansprüche aus Rückversicherungen und anderer einschlägiger Faktoren, um festzustellen, ob dem Rat Änderungen des Höchstgesamtbetrags der Eventualverpflichtungen empfohlen werden sollen. Der vom Rat festgelegte Höchstbetrag darf unter keinen Umständen das Fünffache des Betrags des unverminderten gezeichneten Kapitals der Agentur, ihrer Reserven und eines als geeignet erachteten Teiles ihrer Deckungsansprüche aus Rückversicherungen übersteigen.

(b) Without prejudice to the general limit of guarantee referred to in Section (a) above, the Board may prescribe:

b) Unbeschadet der unter Buchstabe a bezeichneten allgemeinen Höchstbeträge für Garantien kann das Direktorium folgendes vorschreiben:

(i) maximum aggregate amounts of contingent liability which may be assumed by the Agency under this Chapter for all guarantees issued to investors of each individual member. In determining such maximum amounts, the Board shall give due consideration to the share of the respective member in the capital of the Agency and the need to apply more liberal limitations in respect of investments originating in developing member countries; and

i) Höchstgesamtbeträge der Eventualverpflichtung, die von der Agentur aufgrund dieses Kapitels für alle an Investoren jedes einzelnen Mitglieds vergebenen Garantien übernommen werden kann. Bei der Festlegung dieser Höchstbeträge berücksichtigt das Direktorium gebührend den Anteil des betreffenden Mitglieds am Kapital der Agentur und die Notwendigkeit, liberalere Begrenzungen in bezug auf Investitionen anzuwenden, die aus in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten stammen, und

(ii) maximum aggregate amounts of contingent liability which may be assumed by the Agency with respect to such risk diversification factors as individual projects, individual host countries and types of investment or risk.

ii) Höchstgesamtbeträge der Eventualverpflichtung, die von der Agentur in bezug auf Faktoren der Risikostreuung wie einzelne Vorhaben, einzelne Gastländer und Arten von Investitionen oder Risiken übernommen werden kann.

Article 23

Investment Promotion

(a) The Agency shall carry out research, undertake activities to promote investment flows and disseminate information on investment opportunities in developing member countries, with a view to improving the environment for foreign investment flows to such countries. The Agency may, upon the request of a member, provide technical advice and assistance to improve the investment conditions in the territories of that member. In performing these activities, the Agency shall:

Artikel 23

Investitionsförderung

a) Die Agentur führt Forschungsarbeiten durch, übt Tätigkeiten zur Förderung des Investitionsflusses aus und verbreitet Informationen über Investitionsmöglichkeiten in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Umfeld für den Fluß ausländischer Investitionen in diese Staaten zu verbessern. Die Agentur kann auf Ersuchen eines Mitglieds fachlichen Rat und fachliche Hilfe zur Verbesserung der Investitionsbedingungen im Hoheitsgebiet dieses Mitglieds zur Verfügung stellen. Bei der Ausübung dieser Tätigkeit wird die Agentur

(i) be guided by relevant investment agreements among member countries;

i) sich von einschlägigen Investitionsübereinkünften zwischen Mitgliedstaaten leiten lassen;

(ii) seek to remove impediments, in both developed and developing member countries, to the flow of investment to developing member countries; and

(iii) coordinate with other agencies concerned with the promotion of foreign investment, and in particular the International Finance Corporation.

(b) The Agency also shall:

(i) encourage the amicable settlement of disputes between investors and host countries;

(ii) endeavor to conclude agreements with developing member countries, and in particular with prospective host countries, which will assure that the Agency, with respect to investment guaranteed by it, has treatment at least as favorable as that agreed by the member concerned for the most favored investment guarantee agency or State in an agreement relating to investment, such agreements to be approved by special majority of the Board; and

(iii) promote and facilitate the conclusion of agreements, among its members, on the promotion and protection of investments.

(c) The Agency shall give particular attention in its promotional efforts to the importance of increasing the flow of investments among developing member countries.

Article 24

Guarantees of Sponsored Investments

In addition to the guarantee operations undertaken by the Agency under this Chapter, the Agency may guarantee investments under the sponsorship arrangements provided for in Annex I to this Convention.

Chapter IV

Financial Provisions

Article 25

Financial Management

The Agency shall carry out its activities in accordance with sound business and prudent financial management practices with a view to maintaining under all circumstances its ability to meet its financial obligations.

Article 26

Premiums and Fees

The Agency shall establish and periodically review the rates of premiums, fees and other charges, if any, applicable to each type of risk.

Article 27

Allocation of Net Income

(a) Without prejudice to the provisions of Section (a) (iii) of Article 10, the Agency shall allocate net income to reserves until such reserves reach five times the subscribed capital of the Agency.

(b) After the reserves of the Agency have reached the level prescribed in Section (a) above, the Council shall decide whether, and to what extent, the Agency's net income shall be allocated to reserves, be distributed to the Agency's members or be used otherwise. Any distribution of net income to the Agency's members shall be made in proportion to the share of each member in the capital of the Agency in accordance with a decision of the Council acting by special majority.

ii) versuchen, sowohl in den entwickelten als auch in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten Hindernisse für den Investitionsfluß in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten zu beseitigen;

iii) sich mit anderen mit der Förderung ausländischer Investitionen befaßten Stellen abstimmen, insbesondere der Internationalen Finanz-Corporation.

b) Die Agentur wird auch

i) die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Gastländern fördern;

ii) sich bemühen, Übereinkünfte mit den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten zu schließen, insbesondere mit potentiellen Gastländern, in denen gewährleistet wird, daß die Agentur hinsichtlich der von ihr garantierten Investitionen eine mindestens ebenso günstige Behandlung erfährt, wie sie von dem betreffenden Mitglied für die meistbegünstigte Investitions-Garantie-Agentur oder den meistbegünstigten Staat in einer Investitionsübereinkunft gewährt wird; diese Übereinkünfte müssen vom Direktorium mit besonderer Mehrheit genehmigt werden;

iii) den Abschluß von Übereinkünften zwischen ihren Mitgliedern über die Förderung und den Schutz von Investitionen fördern und erleichtern.

c) Die Agentur berücksichtigt bei ihren Förderungsbemühungen insbesondere die Notwendigkeit, den Investitionsfluß zwischen den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaaten zu verstärken.

Artikel 24

Garantien für geförderte Investitionen (sponsored investments)

Neben den von der Agentur aufgrund dieses Kapitels durchgeführten Garantiegeschäften kann die Agentur Garantien für Investitionen aufgrund der in Anlage I vorgesehenen Fördervereinbarungen (sponsorship arrangements) übernehmen.

Kapitel IV

Finanzbestimmungen

Artikel 25

Verwaltung der Finanzen

Die Agentur übt ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten einer vernünftigen Geschäftsführung und einer umsichtigen Verwaltung der Finanzen aus, um unter allen Umständen in der Lage zu bleiben, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Artikel 26

Prämien und Gebühren

Die Agentur setzt die für jede Art von Risiko geltenden Sätze für Prämien-, Gebühren- und etwaige sonstige Zahlungen fest und überprüft sie regelmäßig.

Artikel 27

Zuteilung der Nettoeinnahmen

a) Unbeschadet des Artikels 10 Buchstabe a Ziffer iii führt die Agentur Nettoeinnahmen so lange den Reserven zu, bis diese Reserven das Fünffache des gezeichneten Kapitals der Agentur erreicht haben.

b) Nachdem die Reserven der Agentur den unter Buchstabe a vorgeschriebenen Umfang erreicht haben, entscheidet der Rat, ob und inwieweit die Nettoeinnahmen der Agentur den Reserven zugeführt, an die Mitglieder der Agentur verteilt oder anderweitig verwendet werden. Jede Verteilung von Nettoeinnahmen an die Mitglieder der Agentur erfolgt im Verhältnis des Anteils jedes Mitglieds am Kapital der Agentur nach einem mit besonderer Mehrheit gefaßten Beschluß des Rates.

Article 28

Budget

The President shall prepare an annual budget of revenues and expenditures of the Agency for approval by the Board.

Article 29

Accounts

The Agency shall publish an Annual Report which shall include statements of its accounts and of the accounts of the Sponsorship Trust Fund referred to in Annex I to this Convention, as audited by independent auditors. The Agency shall circulate to members at appropriate intervals a summary statement of its financial position and a profit and loss statement showing the results of its operations.

Artikel 28

Haushalt

Der Präsident stellt einen jährlichen Haushalt der Einnahmen und Ausgaben der Agentur zur Genehmigung durch das Direktorium auf.

Artikel 29

Rechnungslegung

Die Agentur veröffentlicht einen Jahresbericht, der eine von unabhängigen Rechnungsprüfern geprüfte Aufstellung ihrer Konten sowie der Konten des in Anlage I bezeichneten Fördertreuhandfonds enthält. Die Agentur verteilt an die Mitglieder in angemessenen Abständen eine zusammengefaßte Darstellung ihrer finanziellen Lage und eine Gewinn- und Verlustrechnung, welche die Ergebnisse ihrer Geschäftstätigkeit ausweisen.

Chapter V

Organization and Management

Article 30

Structure of the Agency

The Agency shall have a Council of Governors, a Board of Directors, a President and staff to perform such duties as the Agency may determine.

Article 31

The Council

(a) All the powers of the Agency shall be vested in the Council, except such powers as are, by the terms of this Convention, specifically conferred upon another organ of the Agency. The Council may delegate to the Board the exercise of any of its powers, except the power to:

(i) admit new members and determine the conditions of their admission;

(ii) suspend a member;

(iii) decide on any increase or decrease in the capital;

(iv) increase the limit of the aggregate amount of contingent liabilities pursuant to Section (a) of Article 22;

(v) designate a member as a developing member country pursuant to Section (c) of Article 3;

(vi) classify a new member as belonging to Category One or Category Two for voting purposes pursuant to Section (a) of Article 39 or reclassify an existing member for the same purposes;

(vii) determine the compensation of Directors and their Alternates;

(viii) cease operations and liquidate the Agency;

(ix) distribute assets to members upon liquidation; and

(x) amend this Convention, its Annexes and Schedules.

(b) The Council shall be composed of one Governor and one Alternate appointed by each member in such manner as it may determine. No Alternate may vote except in the absence of his principal. The Council shall select one of the Governors as Chairman.

(c) The Council shall hold an annual meeting and such other meetings as may be determined by the Council or called by the Board. The Board shall call a meeting of the Council whenever requested by five members or by members having twenty-five percent of the total voting power.

Kapitel V

Organisation und Geschäftsführung

Artikel 30

Aufbau der Agentur

Die Agentur hat einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten und das Personal, das zur Erfüllung der von der Agentur bestimmten Aufgaben erforderlich ist.

Artikel 31

Der Rat

a) Alle Befugnisse der Agentur liegen beim Rat mit Ausnahme derjenigen, die aufgrund dieses Übereinkommens ausdrücklich einem anderen Organ der Agentur zugewiesen sind. Der Rat kann die Ausübung jeder seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, jedoch mit Ausnahme der Befugnis,

i) neue Mitglieder aufzunehmen und die Bedingungen für ihre Aufnahme festzulegen;

ii) ein Mitglied zu suspendieren;

iii) die Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals zu beschließen;

iv) die Grenze des Gesamtbetrags der Eventualverpflichtungen nach Artikel 22 Buchstabe a heraufzusetzen;

v) ein Mitglied als einen in der Entwicklung befindlichen Mitgliedstaat nach Artikel 3 Buchstabe c zu bezeichnen;

vi) ein neues Mitglied für Zwecke der Abstimmung nach Artikel 39 Buchstabe a in Kategorie Eins oder Kategorie Zwei einzustufen und ein vorhandenes Mitglied für dieselben Zwecke neu einzustufen;

vii) die Vergütung für die Direktoren und ihre Stellvertreter festzulegen;

viii) die Geschäftstätigkeit zu beenden und die Agentur aufzulösen;

ix) bei der Auflösung die Vermögenswerte an die Mitglieder zu verteilen;

x) dieses Übereinkommen, seine Anlagen und Anhänge zu ändern.

b) Der Rat setzt sich aus je einem Gouverneur und je einem Stellvertreter zusammen, die von jedem Mitglied in der von ihm bestimmten Weise bestellt werden. Stellvertreter nehmen nur bei Abwesenheit des von ihnen Vertretenen an der Abstimmung teil. Der Rat wählt einen der Gouverneure zum Vorsitzenden.

c) Der Rat hält eine Jahrestagung sowie diejenigen anderen Tagungen ab, die er bestimmt oder die das Direktorium einberuft. Das Direktorium beruft eine Tagung des Rates ein, wenn fünf Mitglieder oder Mitglieder, die fünfundzwanzig v. H. der Gesamtstimmenzahl vertreten, dies beantragen.

Article 32

The Board

(a) The Board shall be responsible for the general operations of the Agency and shall take, in the fulfillment of this responsibility, any action required or permitted under this Convention.

(b) The Board shall consist of not less than twelve Directors. The number of Directors may be adjusted by the Council to take into account changes in membership. Each Director may appoint an Alternate with full power to act for him in case of the Director's absence or inability to act. The President of the Bank shall be *ex officio* Chairman of the Board, but shall have no vote except a deciding vote in case of an equal division.

(c) The Council shall determine the term of office of the Directors. The first Board shall be constituted by the Council at its inaugural meeting.

(d) The Board shall meet at the call of its Chairman acting on his own initiative or upon request of three Directors.

(e) Until such time as the Council may decide that the Agency shall have a resident Board which functions in continuous session, the Directors and Alternates shall receive compensation only for the cost of attendance at the meetings of the Board and the discharge of other official functions on behalf of the Agency. Upon the establishment of a Board in continuous session, the Directors and Alternates shall receive such remuneration as may be determined by the Council.

Artikel 32

Das Direktorium

a) Das Direktorium ist für die allgemeine Geschäftstätigkeit der Agentur verantwortlich; bei der Erfüllung dieser Verantwortung trifft es jede Maßnahme, die aufgrund dieses Übereinkommens erforderlich oder zulässig ist.

b) Das Direktorium besteht aus mindestens zwölf Direktoren. Die Anzahl der Direktoren kann vom Rat unter Berücksichtigung von Veränderungen in der Mitgliedschaft angepaßt werden. Jeder Direktor kann einen Stellvertreter ernennen, der die Vollmacht hat, bei Abwesenheit oder Handlungsunfähigkeit des Direktors für ihn zu handeln. Der Präsident der Bank ist von Amts wegen Vorsitzender des Direktoriums; er hat aber, abgesehen von der entscheidenden Stimme bei Stimmengleichheit, kein Stimmrecht.

c) Der Rat legt die Amtszeit der Direktoren fest. Das erste Direktorium wird vom Rat auf seiner Eröffnungssitzung eingesetzt.

d) Das Direktorium tritt auf Veranlassung seines Vorsitzenden zusammen, der von sich aus oder auf Antrag von drei Direktoren tätig wird.

e) Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Rat beschließt, daß die Agentur ein ständiges Direktorium haben muß, das kontinuierlich tagt, erhalten die Direktoren und Stellvertreter nur eine Vergütung für die Kosten ihrer Teilnahme an den Sitzungen des Direktoriums und die Erfüllung anderer amtlicher Aufgaben für die Agentur. Nach Errichtung eines kontinuierlich tagenden Direktoriums erhalten die Direktoren und Stellvertreter eine vom Rat festgelegte Vergütung.

Article 33

President and Staff

(a) The President shall, under the general control of the Board, conduct the ordinary business of the Agency. He shall be responsible for the organization, appointment and dismissal of the staff.

(b) The President shall be appointed by the Board on the nomination of its Chairman. The Council shall determine the salary and terms of the contract of service of the President.

(c) In the discharge of their offices, the President and the staff owe their duty entirely to the Agency and to no other authority. Each member of the Agency shall respect the international character of this duty and shall refrain from all attempts to influence the President or the staff in the discharge of their duties.

(d) In appointing the staff, the President shall, subject to the paramount importance of securing the highest standards of efficiency and of technical competence, pay due regard to the importance of recruiting personnel on as wide a geographical basis as possible.

(e) The President and staff shall maintain at all times the confidentiality of information obtained in carrying out the Agency's operations.

Artikel 33

Präsident und Personal

a) Der Präsident führt die laufenden Geschäfte der Agentur unter der allgemeinen Aufsicht des Direktoriums. Er ist für die Organisation sowie für die Einstellung und Entlassung des Personals verantwortlich.

b) Der Präsident wird vom Direktorium auf Vorschlag seines Vorsitzenden ernannt. Der Rat legt das Gehalt und die Bedingungen des Anstellungsvertrags des Präsidenten fest.

c) Bei der Erfüllung ihrer Pflichten sind der Präsident und das Personal nur der Agentur und keiner anderen Behörde verantwortlich. Jedes Mitglied der Agentur achtet den internationalen Charakter dieser Verpflichtung und enthält sich aller Versuche, den Präsidenten oder das Personal bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

d) Bei der Einstellung des Personals achtet der Präsident, vorausgesetzt, daß ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit und fachlichem Können gewährleistet ist, gebührend darauf, daß die Auswahl des Personals auf möglichst breiter geographischer Grundlage erfolgt.

e) Der Präsident und das Personal wahren jederzeit die Vertraulichkeit der bei der Durchführung der Geschäftstätigkeit der Agentur erlangten Informationen.

Article 34

Political Activity Prohibited

The Agency, its President and staff shall not interfere in the political affairs of any member. Without prejudice to the right of the Agency to take into account all the circumstances surrounding an investment, they shall not be influenced in their decisions by the political character of the member or members concerned. Considerations relevant to their decisions shall be weighed impartially in order to achieve the purposes stated in Article 2.

Artikel 34

Verbot der politischen Betätigung

Die Agentur, ihr Präsident und ihr Personal dürfen sich nicht in die politischen Angelegenheiten eines Mitglieds einmischen. Unbeschadet des Rechts der Agentur, alle Umstände im Zusammenhang mit einer Investition zu berücksichtigen, dürfen sie sich in ihren Beschlüssen nicht von der politischen Ausrichtung des oder der betreffenden Mitglieder beeinflussen lassen. Die für ihre Entscheidungen maßgebenden Erwägungen sind unparteiisch gegeneinander abzuwägen, um die in Artikel 2 dargelegten Zwecke zu erreichen.

Article 35

Relations with International Organizations

The Agency shall, within the terms of this Convention, cooperate with the United Nations and with other inter-governmental organizations having specialized responsibilities in related fields, including in particular the Bank and the International Finance Corporation.

Article 36

Location of Principal Office

(a) The principal office of the Agency shall be located in Washington, D. C., unless the Council, by special majority, decides to establish it in another location.

(b) The Agency may establish other offices as may be necessary for its work.

Article 37

Depositories for Assets

Each member shall designate its central bank as a depository in which the Agency may keep holdings of such member's currency or other assets of the Agency or, if it has no central bank, it shall designate for such purpose such other institution as may be acceptable to the Agency.

Article 38

Channel of Communication

(a) Each member shall designate an appropriate authority with which the Agency may communicate in connection with any matter arising under this Convention. The Agency may rely on statements of such authority as being statements of the member. The Agency, upon the request of a member, shall consult with that member with respect to matters dealt with in Articles 19 to 21 and related to entities or insurers of that member.

(b) Whenever the approval of any member is required before any act may be done by the Agency, approval shall be deemed to have been given unless the member presents an objection within such reasonable period as the Agency may fix in notifying the member of the proposed act.

Chapter VI

Voting, Adjustments of Subscriptions and Representation

Article 39

Voting and Adjustments of Subscriptions

(a) In order to provide for voting arrangements that reflect the equal interest in the Agency of the two Categories of States listed in Schedule A of this Convention, as well as the importance of each member's financial participation, each member shall have 177 membership votes plus one subscription vote for each share of stock held by that member.

(b) If at any time within three years after the entry into force of this Convention the aggregate sum of membership and subscription votes of members which belong to either of the two Categories of States listed in Schedule A of this Convention is less than forty percent of the total voting power, members from such a Category shall have such number of supplementary votes as shall be necessary for the aggregate voting power of the Category to equal such a percentage of the total voting power. Such supplementary votes shall be distributed among the members of such Category in the proportion that the subscription votes of each bears to the aggregate of subscription votes of the Category. Such supplementary votes shall be subject to automatic adjustment to ensure that such percentage is maintained and shall be cancelled at the end of the above-mentioned three-year period.

Artikel 35

Beziehungen zu internationalen Organisationen

Die Agentur arbeitet im Rahmen der Bestimmungen dieses Übereinkommens mit den Vereinten Nationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, die auf verwandten Gebieten besondere Aufgaben haben, insbesondere der Bank und der Internationalen Finanz-Corporation, zusammen.

Artikel 36

Hauptsitz

a) Der Hauptsitz der Agentur befindet sich in Washington, D.C., sofern nicht der Rat mit besonderer Mehrheit beschließt, ihn an einem anderen Ort zu errichten.

b) Die Agentur kann andere für ihre Arbeit notwendige Geschäftsstellen errichten.

Artikel 37

Hinterlegungsstellen für Vermögenswerte

Jedes Mitglied bestimmt seine Zentralbank als Hinterlegungsstelle für Guthaben der Agentur in seiner Währung oder andere Vermögenswerte der Agentur; hat es keine Zentralbank, so bestimmt es hierfür ein anderes der Agentur genehmes Institut.

Artikel 38

Verbindungsstelle

a) Jedes Mitglied bezeichnet eine geeignete Stelle, mit der sich die Agentur in jeder sich aus diesem Übereinkommen ergebenden Angelegenheit in Verbindung setzen kann. Die Agentur kann sich auf Erklärungen dieser Stelle als Erklärungen des Mitglieds verlassen. Die Agentur konsultiert auf Antrag eines Mitglieds dieses Mitglied in bezug auf die in den Artikeln 19 bis 21 behandelten Angelegenheiten, die sich auf Rechtsträger oder Versicherer dieses Mitglieds beziehen.

b) Ist die Genehmigung eines Mitglieds erforderlich, bevor die Agentur tätig werden kann, so gilt die Genehmigung als erteilt, wenn das Mitglied nicht innerhalb einer angemessenen Frist, die von der Agentur bei der Unterrichtung des Mitglieds über die vorgesehene Handlung festgelegt wird, Widerspruch erhebt.

Kapitel VI

Abstimmung, Anpassung der Zeichnungsbeträge und Vertretung

Artikel 39

Abstimmung und Anpassung der Zeichnungsbeträge

a) Um Abstimmungsregelungen zu treffen, welche die gleichberechtigten Interessen der in Anhang A aufgeführten zwei Kategorien von Staaten sowie die Bedeutung der finanziellen Beteiligung jedes Mitglieds widerspiegeln, hat jedes Mitglied 177 Mitgliedschaftsstimmen zuzüglich einer Stimme für jeden von dem Mitglied gezeichneten Anteil.

b) Beträgt zu irgendeiner Zeit innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens die Gesamtsumme der Mitgliedschafts- und Anteilsstimmen der Mitglieder, die einer der in Anhang A aufgeführten zwei Kategorien von Staaten angehören, weniger als vierzig v. H. der Gesamtstimmenzahl, so erhalten die Mitglieder dieser Kategorie so viele zusätzliche Stimmen, wie notwendig sind, um die Gesamtstimmenzahl der Kategorie auf diesen Hundertsatz der Gesamtstimmenzahl zu bringen. Diese zusätzlichen Stimmen werden unter den Mitgliedern der Kategorie im Verhältnis der Anteilsstimmen jedes einzelnen zu den gesamten Anteilsstimmen der Kategorie aufgeteilt. Die zusätzlichen Stimmen werden automatisch angepaßt, um sicherzustellen, daß dieser Hundertsatz aufrechterhalten bleibt; nach Ablauf der obengenannten Dreijahresfrist werden sie gestrichen.

(c) During the third year following the entry into force of this Convention, the Council shall review the allocation of shares and shall be guided in its decision by the following principles:

(i) the votes of members shall reflect actual subscriptions to the Agency's capital and the membership votes as set out in Section (a) of this Article;

(ii) shares allocated to countries which shall not have signed the Convention shall be made available for reallocation to such members and in such manner as to make possible voting parity between the above-mentioned Categories; and

(iii) the Council will take measures that will facilitate members' ability to subscribe to shares allocated to them.

(d) Within the three-year period provided for in Section (b) of this Article, all decisions of the Council and Board shall be taken by special majority, except that decisions requiring a higher majority under this Convention shall be taken by such higher majority.

(e) In case the capital stock of the Agency is increased pursuant to Section (c) of Article 5, each member which so requests shall be authorized to subscribe a proportion of the increase equivalent to the proportion which its stock theretofore subscribed bears to the total capital stock of the Agency, but no member shall be obligated to subscribe any part of the increased capital.

(f) The Council shall issue regulations regarding the making of additional subscriptions under Section (e) of this Article. Such regulations shall prescribe reasonable time limits for the submission by members of requests to make such subscriptions.

Article 40

Voting in the Council

(a) Each Governor shall be entitled to cast the votes of the member he represents. Except as otherwise specified in this Convention, decisions of the Council shall be taken by a majority of the votes cast.

(b) A quorum for any meeting of the Council shall be constituted by a majority of the Governors exercising not less than two-thirds of the total voting power.

(c) The Council may by regulation establish a procedure whereby the Board, when it deems such action to be in the best interests of the Agency, may request a decision of the Council on a specific question without calling a meeting of the Council.

Article 41

Election of Directors

(a) Directors shall be elected in accordance with Schedule B.

(b) Directors shall continue in office until their successors are elected. If the office of a Director becomes vacant more than ninety days before the end of his term, another Director shall be elected for the remainder of the term by the Governors who elected the former Director. A majority of the votes cast shall be required for election. While the office remains vacant, the Alternate of the former Director shall exercise his powers, except that of appointing an Alternate.

Article 42

Voting in the Board

(a) Each Director shall be entitled to cast the number of votes of the members whose votes counted towards his election. All the votes which a Director is entitled to cast shall be cast as a unit. Except as otherwise specified in this Convention, decisions of the Board shall be taken by a majority of the votes cast.

c) Im Verlauf des dritten Jahres nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens überprüft der Rat die Zuteilung der Anteile; in seinem Beschluß läßt er sich von folgenden Grundsätzen leiten:

i) Die Stimmen der Mitglieder müssen die tatsächlichen Zeichnungen auf das Kapital der Agentur und die Mitgliedschaftsstimmen nach Buchstabe a widerspiegeln;

ii) Anteile, die Ländern zugeteilt werden, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, werden zur Neuverteilung an solche Mitglieder und in einer solchen Weise zur Verfügung gestellt, daß Stimmengleichheit zwischen den obengenannten Kategorien möglich wird;

iii) der Rat wird Maßnahmen ergreifen, die es den Mitgliedern erleichtern, die ihnen zugeteilten Anteile zu zeichnen.

d) Innerhalb der unter Buchstabe b vorgesehenen Dreijahresfrist werden alle Beschlüsse des Rates und des Direktoriums mit besonderer Mehrheit gefaßt; Beschlüsse, für die aufgrund dieses Übereinkommens eine größere Mehrheit erforderlich ist, werden jedoch mit der größeren Mehrheit gefaßt.

e) Wird das Grundkapital der Agentur nach Artikel 5 Buchstabe c erhöht, so wird jedes Mitglied auf Antrag ermächtigt, einen Teil der Erhöhung zu zeichnen, der dem Verhältnis seines vorher gezeichneten Kapitals zum Grundkapital der Agentur entspricht; die Mitglieder sind jedoch nicht verpflichtet, einen Teil des erhöhten Kapitals zu zeichnen.

f) Der Rat erläßt Vorschriften über die zusätzlichen Anteilszeichnungen nach Buchstabe e. Diese Vorschriften sehen angemessene Fristen für die Vorlage der Anträge auf diese Zeichnungen durch die Mitglieder vor.

Artikel 40

Abstimmung im Rat

a) Jeder Gouverneur ist berechtigt, die Stimme des von ihm vertretenen Mitglieds abzugeben. Sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, werden die Beschlüsse des Rates mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.

b) Der Rat ist beschlußfähig, wenn auf der Sitzung die Mehrheit der Gouverneure anwesend ist, die mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmenzahl innehaben.

c) Der Rat kann durch Verordnung ein Verfahren festlegen, wonach das Direktorium, wenn es der Ansicht ist, daß diese Maßnahme im Interesse der Agentur liegt, einen Beschluß des Rates über eine bestimmte Frage verlangen kann, ohne eine Sitzung des Rates anzuberaumen.

Artikel 41

Wahl der Direktoren

a) Die Direktoren werden in Übereinstimmung mit Anhang B gewählt.

b) Die Direktoren bleiben so lange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind. Wird das Amt eines Direktors mehr als neunzig Tage vor Ablauf seiner Amtszeit frei, so wird für den Rest der Amtszeit von den Gouverneuren, die den früheren Direktor gewählt haben, ein anderer Direktor gewählt. Für die Wahl ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Solange das Amt unbesetzt ist, übt der Stellvertreter des früheren Direktors dessen Befugnisse mit Ausnahme der Befugnis zur Ernennung eines Stellvertreters aus.

Artikel 42

Abstimmung im Direktorium

a) Jeder Direktor ist berechtigt, die Stimmen der Mitglieder abzugeben, deren Stimmen bei seiner Wahl anfielen. Alle Stimmen, die ein Direktor abgeben kann, sind als Block abzugeben. Sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse des Direktoriums mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.

(b) A quorum for a meeting of the Board shall be constituted by a majority of the Directors exercising not less than one-half of the total voting power.

(c) The Board may by regulation establish a procedure whereby its Chairman, when he deems such action to be in the best interests of the Agency, may request a decision of the Board on a specific question without calling a meeting of the Board.

b) Das Direktorium ist beschlußfähig, wenn auf einer Sitzung die Mehrheit der Direktoren anwesend ist, die mindestens die Hälfte der Gesamtstimmenzahl innehaben.

c) Das Direktorium kann durch Verordnung ein Verfahren festlegen, wonach sein Vorsitzender, wenn er der Ansicht ist, daß diese Maßnahme im Interesse der Agentur liegt, einen Beschluß des Direktoriums über eine bestimmte Frage verlangen kann, ohne eine Sitzung des Direktoriums anzuberaumen.

Chapter VII

Privileges and Immunities

Article 43

Purposes of Chapter

To enable the Agency to fulfill its functions, the immunities and privileges set forth in this Chapter shall be accorded to the Agency in the territories of each member.

Article 44

Legal Process

Actions other than those within the scope of Articles 57 and 58 may be brought against the Agency only in a court of competent jurisdiction in the territories of a member in which the Agency has an office or has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process. No such action against the Agency shall be brought (i) by members or persons acting for or deriving claims from members or (ii) in respect of personnel matters. The property and assets of the Agency shall, wherever located and by whomsoever held, be immune from all forms of seizure, attachment or execution before the delivery of the final judgment or award against the Agency.

Article 45

Assets

(a) The property and assets of the Agency, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation or any other form of seizure by executive or legislative action.

(b) To the extent necessary to carry out its operations under this Convention, all property and assets of the Agency shall be free from restrictions, regulations, controls and moratoria of any nature; provided that property and assets acquired by the Agency as successor to or subrogee of a holder of a guarantee, a reinsured entity or an investor insured by a reinsured entity shall be free from applicable foreign exchange restrictions, regulations and controls in force in the territories of the member concerned to the extent that the holder, entity or investor to whom the Agency was subrogated was entitled to such treatment.

(c) For purposes of this Chapter, the term "assets" shall include the assets of the Sponsorship Trust Fund referred to in Annex I to this Convention and other assets administered by the Agency in furtherance of its objective.

Article 46

Archives and Communications

(a) The archives of the Agency shall be inviolable, wherever they may be.

(b) The official communications of the Agency shall be accorded by each member the same treatment that is accorded to the official communications of the Bank.

Kapitel VII

Vorrechte und Immunitäten

Artikel 43

Zweck des Kapitels

Um der Agentur die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, werden ihr im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Vorrechte und Immunitäten gewährt, die in diesem Kapitel vorgesehen sind.

Artikel 44

Gerichtliche Verfahren

Klagen gegen die Agentur, ausgenommen solche aus dem Geltungsbereich der Artikel 57 und 58, können nur vor einem zuständigen Gericht im Hoheitsgebiet eines Mitglieds erhoben werden, in dem die Agentur eine Geschäftsstelle besitzt oder einen Vertreter für die Entgegennahme gerichtlicher Urkunden ernannt hat. Klagen gegen die Agentur können nicht erhoben werden i) von Mitgliedern oder von Personen, die für Mitglieder handeln oder von diesen Rechte ableiten, oder ii) in bezug auf Personalangelegenheiten. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Agentur, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind jeder Form der Beschlagnahme, Pfändung oder Vollstreckung entzogen, solange nicht ein rechtskräftiges Urteil oder ein rechtskräftiger Schiedsspruch gegen die Agentur ergangen ist.

Artikel 45

Vermögenswerte

a) Das Eigentum und die Vermögenswerte der Agentur, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder jeder sonstigen Form des Zugriffs durch die vollziehende oder die gesetzgebende Gewalt entzogen.

b) Soweit es die Durchführung der Geschäftstätigkeit aufgrund dieses Übereinkommens erfordert, sind das gesamte Eigentum und alle Vermögenswerte der Agentur von Beschränkungen, Verwaltungsvorschriften, Kontrollen und Moratorien jeder Art befreit; Eigentum und Vermögenswerte, welche die Agentur als Rechtsnachfolger (successor or subrogee) eines Garantienehmers, eines rückversicherten Rechtsträgers oder eines bei einem rückversicherten Rechtsträger versicherten Investors erwirbt, sind von anwendbaren Devisenbeschränkungen, Verwaltungsvorschriften und Kontrollen, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds in Kraft sind, befreit, soweit der Garantienehmer, Rechtsträger oder Investor, an dessen Stelle die Agentur getreten ist, Anspruch auf eine solche Behandlung hatte.

c) Im Sinne dieses Kapitels umfaßt der Ausdruck „Vermögenswerte" die Vermögenswerte des in Anlage I genannten Fördertreuhandfonds sowie andere von der Agentur zur Erreichung ihres Zieles verwaltete Vermögenswerte.

Artikel 46

Archive und Nachrichtenverkehr

a) Die Archive der Agentur sind unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

b) Jedes Mitglied gewährt dem amtlichen Nachrichtenverkehr der Agentur dieselbe Behandlung wie dem amtlichen Nachrichtenverkehr der Bank.

Article 47

Taxes

(a) The Agency, its assets, property and income, and its operations and transactions authorized by this Convention, shall be immune from all taxes and customs duties. The Agency shall also be immune from liability for the collection or payment of any tax or duty.

(b) Except in the case of local nationals, no tax shall be levied on or in respect of expense allowances paid by the Agency to Governors and their Alternates or on or in respect of salaries, expense allowances or other emoluments paid by the Agency to the Chairman of the Board, Directors, their Alternates, the President or staff of the Agency.

(c) No taxation of any kind shall be levied on any investment guaranteed or reinsured by the Agency (including any earnings therefrom) or any insurance policies reinsured by the Agency (including any premiums and other revenues therefrom) by whomsoever held: (i) which discriminates against such investment or insurance policy solely because it is guaranteed or reinsured by the Agency; or (ii) if the sole jurisdictional basis for such taxation is the location of any office or place of business maintained by the Agency.

Artikel 47

Steuern

a) Die Agentur, ihre Vermögenswerte, ihr Eigentum und ihre Einnahmen sowie ihre durch dieses Übereinkommen zugelassenen Geschäfte und Transaktionen sind von allen Steuern und Zöllen befreit. Die Agentur ist ferner von der Verpflichtung zur Einziehung oder Entrichtung von Steuern oder Abgaben befreit.

b) Außer im Fall von Inländern unterliegen die von der Agentur den Gouverneuren oder ihren Stellvertretern gezahlten Aufwandsentschädigungen oder die von ihr dem Vorsitzenden des Direktoriums, den Direktoren, ihren Stellvertretern, dem Präsidenten oder dem Personal der Agentur gezahlten Gehälter, Aufwandsentschädigungen oder sonstigen Vergütungen keiner Art von Besteuerung.

c) Von der Agentur garantierte oder rückversicherte Investitionen (einschließlich etwaiger Erträge) oder von der Agentur rückversicherte Versicherungspolicen (einschließlich etwaiger Prämien und sonstiger Erträge), gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, unterliegen keiner Art von Besteuerung, i) die eine solche Investition oder Versicherungspolice nur deshalb benachteiligt, weil sie von der Agentur garantiert oder rückversichert wurde, oder ii) deren rechtliche Grundlage allein der Sitz einer Geschäftsstelle oder eines Büros der Agentur ist.

Article 48

Officials of the Agency

All Governors, Directors, Alternates, the President and staff of the Agency:

(i) shall be immune from legal process with respect to acts performed by them in their official capacity;

(ii) not being local nationals, shall be accorded the same immunities from immigration restrictions, alien registration requirements and national service obligations, and the same facilities as regards exchange restrictions as are accorded by the members concerned to the representatives, officials and employees of comparable rank of other members; and

(iii) shall be granted the same treatment in respect of travelling facilities as is accorded by the members concerned to representatives, officials and employees of comparable rank of other members.

Artikel 48

Amtsträger der Agentur

Alle Gouverneure, Direktoren, Stellvertreter, der Präsident und das Personal der Agentur

i) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen;

ii) genießen, wenn sie nicht Inländer sind, die gleiche Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Meldepflicht für Ausländer und von den Verpflichtungen zur nationalen Dienstleistung sowie die gleichen Erleichterungen in bezug auf Devisenbeschränkungen, wie sie die betreffenden Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, Amtsträgern und Bediensteten anderer Mitglieder gewähren;

iii) genießen in bezug auf Reiseerleichterungen die gleiche Behandlung, wie sie die betreffenden Mitglieder den in vergleichbarem Rang stehenden Vertretern, Amtsträgern und Bediensteten anderer Mitglieder gewähren.

Article 49

Application of this Chapter

Each member shall take such action as is necessary in its own territories for the purpose of making effective in terms of its own law the principles set forth in this Chapter and shall inform the Agency of the detailed action which it has taken.

Artikel 49

Anwendung dieses Kapitels

Jedes Mitglied trifft diejenigen Maßnahmen, die in seinem Hoheitsgebiet erforderlich sind, um entsprechend seinen eigenen Rechtsvorschriften den in diesem Kapitel enthaltenen Grundsätzen Wirksamkeit zu verleihen, und unterrichtet die Agentur über die einzelnen von ihm getroffenen Maßnahmen.

Article 50

Waiver

The immunities, exemptions and privileges provided in this Chapter are granted in the interests of the Agency and may be waived, to such extent and upon such conditions as the Agency may determine, in cases where such a waiver would not prejudice its interests. The Agency shall waive the immunity of any of its staff in cases where, in its opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Agency.

Artikel 50

Aufhebung

Die in diesem Kapitel vorgesehenen Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte werden im Interesse der Agentur gewährt; sie können in dem Maße und zu den Bedingungen, welche die Agentur bestimmt, in den Fällen aufgehoben werden, in denen die Aufhebung die Interessen der Agentur nicht beeinträchtigen würde. Die Agentur hat die Immunität eines Mitglieds ihres Personals in den Fällen aufzuheben, in denen nach ihrer Auffassung die Immunität verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Agentur aufgehoben werden kann.

Chapter VIII

Withdrawal, Suspension of Membership and Cessation of Operations

Article 51

Withdrawal

Any member may, after the expiration of three years following the date upon which this Convention has entered into force with respect to such member, withdraw from the Agency at any time by giving notice in writing to the Agency at its principal office. The Agency shall notify the Bank, as depository of this Convention, of the receipt of such notice. Any withdrawal shall become effective ninety days following the date of the receipt of such notice by the Agency. A member may revoke such notice as long as it has not become effective.

Article 52

Suspension of Membership

(a) If a member fails to fulfill any of its obligations under this Convention, the Council may, by a majority of its members exercising a majority of the total voting power, suspend its membership.

(b) While under suspension a member shall have no rights under this Convention, except for the right of withdrawal and other rights provided in this Chapter and Chapter IX, but shall remain subject to all its obligations.

(c) For purposes of determining eligibility for a guarantee or reinsurance to be issued under Chapter III or Annex I to this Convention, a suspended member shall not be treated as a member of the Agency.

(d) The suspended member shall automatically cease to be a member one year from the date of its suspension unless the Council decides to extend the period of suspension or to restore the member to good standing.

Article 53

Rights and Duties of States Ceasing to be Members

(a) When a State ceases to be a member, it shall remain liable for all its obligations, including its contingent obligations, under this Convention which shall have been in effect before the cessation of its membership.

(b) Without prejudice to Section (a) above, the Agency shall enter into an arrangement with such State for the settlement of their respective claims and obligations. Any such arrangement shall be approved by the Board.

Article 54

Suspension of Operations

(a) The Board may, whenever it deems it justified, suspend the issuance of new guarantees for a specified period.

(b) In an emergency, the Board may suspend all activities of the Agency for a period not exceeding the duration of such emergency, provided that necessary arrangements shall be made for the protection of the interests of the Agency and of third parties.

(c) The decision to suspend operations shall have no effect on the obligations of the members under this Convention or on the obligations of the Agency towards holders of a guarantee or reinsurance policy or towards third parties.

Kapitel VIII

Austritt, Suspendierung der Mitgliedschaft und Beendigung der Geschäftstätigkeit

Artikel 51

Austritt

Jedes Mitglied kann nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens für dieses Mitglied jederzeit durch eine an die Hauptgeschäftsstelle der Agentur gerichtete schriftliche Anzeige aus der Agentur austreten. Die Agentur unterrichtet die Bank als Verwahrer des Übereinkommens von dem Eingang einer solchen Anzeige. Ein Austritt wird neunzig Tage nach Eingang der Anzeige bei der Agentur wirksam. Ein Mitglied kann die Anzeige widerrufen, solange sie noch nicht wirksam geworden ist.

Artikel 52

Suspendierung der Mitgliedschaft

a) Kommt ein Mitglied einer nach diesem Übereinkommen bestehenden Verpflichtung nicht nach, so kann der Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder, welche die Mehrheit der Gesamtstimmen innehaben, dessen Mitgliedschaft suspendieren.

b) Während der Suspendierung hat ein Mitglied keine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts und anderer in diesem Kapitel und in Kapitel IX vorgesehener Rechte; es hat jedoch weiterhin allen seinen Verpflichtungen nachzukommen.

c) Für die Zwecke der Feststellung, ob eine Garantie oder Rückversicherung nach Kapitel III oder Anlage I erteilt werden kann, wird ein suspendiertes Mitglied nicht als Mitglied der Agentur behandelt.

d) Die Mitgliedschaft des suspendierten Mitglieds erlischt automatisch ein Jahr nach dem Zeitpunkt seiner Suspendierung, sofern nicht der Rat beschließt, die Zeit der Suspendierung zu verlängern oder das Mitglied wieder in den vorigen Stand einzusetzen.

Artikel 53

Rechte und Pflichten der Staaten, deren Mitgliedschaft erlischt

a) Erlischt die Mitgliedschaft eines Staates, so bleibt er für alle seine Verbindlichkeiten einschließlich der Eventualverpflichtungen aufgrund dieses Übereinkommens haftbar, die vor Erlöschen seiner Mitgliedschaft wirksam waren.

b) Unbeschadet des Buchstabens a trifft die Agentur eine Vereinbarung mit dem betreffenden Staat zur Regelung ihrer jeweiligen Forderungen und Verbindlichkeiten. Eine solche Vereinbarung bedarf der Genehmigung des Direktoriums.

Artikel 54

Einstellung der Geschäftstätigkeit

a) Das Direktorium kann, wenn es dies für gerechtfertigt hält, die Übernahme neuer Garantien für eine bestimmte Zeit einstellen.

b) In einer Notlage kann das Direktorium die gesamte Tätigkeit der Agentur für eine Zeit einstellen, die nicht länger dauern darf, als die Notlage besteht; jedoch müssen die notwendigen Regelungen zum Schutz der Interessen der Agentur und Dritter getroffen werden.

c) Der Beschluß, die Geschäftstätigkeit einzustellen, hat keine Auswirkung auf die Verbindlichkeiten der Mitglieder aufgrund dieses Übereinkommens oder auf die Verbindlichkeiten der Agentur gegenüber Garantie- oder Rückversicherungsnehmern oder gegenüber Dritten.

Article 55

Liquidation

(a) The Council, by special majority, may decide to cease operations and to liquidate the Agency. Thereupon the Agency shall forthwith cease all activities, except those incident to the orderly realization, conservation and preservation of assets and settlement of obligations. Until final settlement and distribution of assets, the Agency shall remain in existence and all rights and obligations of members under this Convention shall continue unimpaired.

(b) No distribution of assets shall be made to members until all liabilities to holders of guarantees and other creditors shall have been discharged or provided for and until the Council shall have decided to make such distribution.

(c) Subject to the foregoing, the Agency shall distribute its remaining assets to members in proportion to each member's share in the subscribed capital. The Agency shall also distribute any remaining assets of the Sponsorship Trust Fund referred to in Annex I to this Convention to sponsoring members in the proportion which the investments sponsored by each bears to the total of sponsored investments. No member shall be entitled to its share in the assets of the Agency or the Sponsorship Trust Fund unless that member has settled all outstanding claims by the Agency against it. Every distribution of assets shall be made at such times as the Council shall determine and in such manner as it shall deem fair and equitable.

Artikel 55

Auflösung

a) Der Rat kann mit besonderer Mehrheit beschließen, die Geschäftstätigkeit zu beenden und die Agentur aufzulösen. Danach beendet die Agentur sofort ihre gesamte Tätigkeit mit Ausnahme der Arbeiten, welche die ordnungsgemäße Verwertung, Sicherstellung und Erhaltung der Vermögenswerte sowie die Regelung der Verbindlichkeiten betreffen. Bis zur endgültigen Regelung und Verteilung der Vermögenswerte bleibt die Agentur bestehen, und alle Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder aufgrund dieses Übereinkommens bleiben unberührt.

b) Eine Verteilung der Vermögenswerte an die Mitglieder erfolgt erst, wenn alle Verbindlichkeiten gegenüber Garantienehmern und anderen Gläubigern erfüllt sind oder hierfür Vorsorge getroffen ist und wenn der Rat beschlossen hat, die Verteilung vorzunehmen.

c) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen verteilt die Agentur ihre verbleibenden Vermögenswerte an die Mitglieder im Verhältnis des Anteils jedes Mitglieds am gezeichneten Kapital. Die Agentur verteilt auch etwaige verbleibende Vermögenswerte des in Anlage I genannten Fördertreuhandfonds an die fördernden Mitglieder im Verhältnis der von jedem von ihnen geförderten Investitionen zu den gesamten geförderten Investitionen. Ein Mitglied hat erst dann Anspruch auf seinen Anteil an den Vermögenswerten der Agentur oder des Fördertreuhandfonds, wenn es alle ausstehenden Forderungen der Agentur ihm gegenüber beglichen hat. Jede Verteilung der Vermögenswerte erfolgt zu vom Rat bestimmten Zeiten und in der von ihm als recht und billig erachteten Weise.

Chapter IX

Settlement of Disputes

Article 56

Interpretation and Application of the Convention

(a) Any question of interpretation or application of the provisions of this Convention arising between any member of the Agency and the Agency or among members of the Agency shall be submitted to the Board for its decision. Any member which is particularly affected by the question and which is not otherwise represented by a national in the Board may send a representative to attend any meeting of the Board at which such question is considered.

(b) In any case where the Board has given a decision under Section (a) above, any member may require that the question be referred to the Council, whose decision shall be final. Pending the result of the referral to the Council, the Agency may, so far as it deems necessary, act on the basis of the decision of the Board.

Kapitel IX

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 56

Auslegung und Anwendung des Übereinkommens

a) Alle Fragen der Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die zwischen einem Mitglied der Agentur und der Agentur oder zwischen Mitgliedern der Agentur auftreten, werden dem Direktorium zur Entscheidung vorgelegt. Ein von der Frage besonders betroffenes Mitglied, das sonst nicht von einem Staatsangehörigen im Direktorium vertreten ist, kann einen Vertreter zur Teilnahme an jeder Sitzung des Direktoriums entsenden, auf der die Frage beraten wird.

b) Hat das Direktorium eine Entscheidung nach Buchstabe a getroffen, so kann jedes Mitglied verlangen, daß die Frage dem Rat vorgelegt wird; dessen Entscheidung ist endgültig. Bis die Entscheidung des Rates vorliegt, kann die Agentur, soweit sie dies für notwendig hält, auf der Grundlage der Entscheidung des Direktoriums handeln.

Article 57

Disputes between the Agency and Members

(a) Without prejudice to the provisions of Article 56 and of Section (b) of this Article, any dispute between the Agency and a member or an agency thereof and any dispute between the Agency and a country (or agency thereof) which has ceased to be a member, shall be settled in accordance with the procedure set out in Annex II to this Convention.

(b) Disputes concerning claims of the Agency acting as subrogee of an investor shall be settled in accordance with either (i) the procedure set out in Annex II to this Convention, or (ii) an agreement to be entered into between the Agency and the member concerned on an alternative method or methods for the settlement of such disputes. In the latter case, Annex II to this Convention shall serve as a basis for such an agreement which shall, in each case, be approved by the Board by special majority prior to the undertaking by the Agency of operations in the territories of the member concerned.

Artikel 57

Streitigkeiten zwischen der Agentur und Mitgliedern

a) Unbeschadet des Artikels 56 und des Buchstabens b des vorliegenden Artikels wird jede Streitigkeit zwischen der Agentur und einem Mitglied oder einer Agentur desselben und jede Streitigkeit zwischen der Agentur und einem Land (oder einer Agentur desselben), dessen Mitgliedschaft erloschen ist, in Übereinstimmung mit dem in Anlage II festgelegten Verfahren beigelegt.

b) Streitigkeiten über Forderungen der Agentur als Rechtsnachfolger eines Investors werden entweder i) nach dem in Anlage II festgelegten Verfahren oder ii) nach einer zwischen der Agentur und dem betreffenden Mitglied zu schließenden Übereinkunft über andere Methoden der Beilegung solcher Streitigkeiten beigelegt. Im letzteren Fall dient Anlage II als Grundlage für eine solche Übereinkunft, die im Einzelfall vom Direktorium mit besonderer Mehrheit genehmigt wird, bevor die Agentur im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds eine Geschäftstätigkeit durchführt.

Article 58

Disputes Involving Holders of a Guarantee or Reinsurance

Any dispute arising under a contract of guarantee or reinsurance between the parties thereto shall be submitted to arbitration for final determination in accordance with such rules as shall be provided for or referred to in the contract of guarantee or reinsurance.

Chapter X
Amendments

Article 59

Amendment by Council

(a) This Convention and its Annexes may be amended by vote of three-fifths of the Governors exercising four-fifths of the total voting power, provided that:

(i) any amendment modifying the right to withdraw from the Agency provided in Article 51 or the limitation on liability provided in Section (d) of Article 8 shall require the affirmative vote of all Governors; and

(ii) any amendment modifying the loss-sharing arrangement provided in Articles 1 and 3 of Annex I to this Convention which will result in an increase in any member's liability thereunder shall require the affirmative vote of the Governor of each such member.

(b) Schedules A and B to this Convention may be amended by the Council by special majority.

(c) If an amendment affects any provision of Annex I to this Convention, total votes shall include the additional votes alloted under Article 7 of such Annex to sponsoring members and countries hosting sponsored investments.

Article 60

Procedure

Any proposal to amend this Convention, whether emanating from a member or a Governor or a Director, shall be communicated to the Chairman of the Board who shall bring the proposal before the Board. If the proposed amendment is recommended by the Board, it shall be submitted to the Council for approval in accordance with Article 59. When an amendment has been duly approved by the Council, the Agency shall so certify by formal communication addressed to all members. Amendments shall enter into force for all members ninety days after the date of the formal communication unless the Council shall specify a different date.

Chapter XI
Final Provisions

Article 61

Entry into Force

(a) This Convention shall be open for signature on behalf of all members of the Bank and Switzerland and shall be subject to ratification, acceptance or approval by the signatory States in accordance with their constitutional procedures.

(b) This Convention shall enter into force on the day when not less than five instruments of ratification, acceptance or approval shall have been deposited on behalf of signatory States in Category One, and not less than fifteen such instruments shall have been deposited on behalf of signatory States in Category Two; provided that total subscriptions of these States amount to not less than one-third of the authorized capital of the Agency as prescribed in Article 5.

Artikel 58

Streitigkeiten, an denen Garantie- oder Rückversicherungsnehmer beteiligt sind

Jede Streitigkeit, die sich aus einem Garantie- oder Rückversicherungsvertrag zwischen den daran beteiligten Parteien ergibt, wird einem Schiedsverfahren zur endgültigen Entscheidung entsprechend den Vorschriften unterworfen, die in dem Garantie- oder Rückversicherungsvertrag vorgesehen oder bezeichnet sind.

Kapitel X
Änderungen

Artikel 59

Änderungen durch den Rat

a) Dieses Übereinkommen und seine Anlagen können mit den Stimmen von drei Fünfteln der Gouverneure, die vier Fünftel der Gesamtstimmenzahl innehaben, geändert werden; jedoch

i) bedarf jede Änderung des Rechts zum Austritt aus der Agentur nach Artikel 51 oder der Haftungsbeschränkung nach Artikel 8 Buchstabe d der Zustimmung aller Gouverneure und

ii) bedarf jede Änderung der Verlustaufteilungsregelung nach den Artikeln 1 und 3 der Anlage I, die eine Erhöhung der Haftung eines Mitglieds nach jenen Bestimmungen zur Folge hat, der Zustimmung des Gouverneurs jedes solchen Mitglieds.

b) Die Anhänge A und B können vom Rat mit besonderer Mehrheit geändert werden.

c) Berührt eine Änderung eine Bestimmung der Anlage I, so sind der Gesamtstimmenzahl die zusätzlichen Stimmen hinzuzurechnen, die nach Artikel 7 der Anlage den fördernden Mitgliedern und den Gastländern von geförderten Investitionen zugeteilt worden sind.

Artikel 60

Verfahren

Alle Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens, gleichviel ob sie von einem Mitglied, einem Gouverneur oder einem Direktor ausgehen, sind dem Vorsitzenden des Direktoriums zuzuleiten, der sie dem Direktorium vorlegt. Wird der Änderungsvorschlag vom Direktorium empfohlen, so wird er dem Rat zur Genehmigung nach Artikel 59 vorgelegt. Ist die Änderung vom Rat ordnungsgemäß genehmigt worden, so bestätigt die Agentur dies in einer an alle Mitglieder gerichteten amtlichen Mitteilung. Änderungen treten für alle Mitglieder neunzig Tage nach dem Tag der amtlichen Mitteilung in Kraft, sofern nicht der Rat einen anderen Zeitpunkt festlegt.

Kapitel XI
Schlußbestimmungen

Artikel 61

Inkrafttreten

a) Dieses Übereinkommen steht allen Mitgliedern der Bank sowie der Schweiz zur Unterzeichnung offen; es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren.

b) Dieses Übereinkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem mindestens fünf Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden für die Unterzeichnerstaaten in Kategorie Eins und mindestens fünfzehn solcher Urkunden für die Unterzeichnerstaaten in Kategorie Zwei hinterlegt sind; die Gesamtzeichnungsbeträge dieser Staaten müssen jedoch mindestens ein Drittel des in Artikel 5 vorgeschriebenen genehmigten Kapitals der Agentur ausmachen.

(c) For each State which deposits its instrument of ratification, acceptance or approval after this Convention shall have entered into force, this Convention shall enter into force on the date of such deposit.

(d) If this Convention shall not have entered into force within two years after its opening for signature, the President of the Bank shall convene a conference of interested countries to determine the future course of action.

c) Für jeden Staat, der seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt, tritt das Übereinkommen am Tag der Hinterlegung in Kraft.

d) Ist dieses Übereinkommen zwei Jahre nach dem Zeitpunkt, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, nicht in Kraft getreten, so beraumt der Präsident der Bank eine Konferenz der interessierten Länder an, um das weitere Vorgehen festzulegen.

Article 62

Inaugural Meeting

Upon entry into force of this Convention, the President of the Bank shall call the inaugural meeting of the Council. This meeting shall be held at the principal office of the Agency within sixty days from the date on which this Convention has entered into force or as soon as practicable thereafter.

Artikel 62

Eröffnungssitzung

Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens beraumt der Präsident der Bank die Eröffnungssitzung des Rates an. Diese Sitzung findet innerhalb von sechzig Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens oder so bald wie möglich danach am Hauptsitz der Agentur statt.

Article 63

Depository

Instruments of ratification, acceptance or approval of this Convention and amendments thereto shall be deposited with the Bank which shall act as the depository of this Convention. The depository shall transmit certified copies of this Convention to States members of the Bank and to Switzerland.

Artikel 63

Verwahrer

Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden zu diesem Übereinkommen und Änderungen desselben werden bei der Bank hinterlegt; diese ist Verwahrer des Übereinkommens. Der Verwahrer übermittelt den Mitgliedstaaten der Bank sowie der Schweiz Abschriften des Übereinkommens.

Article 64

Registration

The depository shall register this Convention with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations and the Regulations thereunder adopted by the General Assembly.

Artikel 64

Registrierung

Der Verwahrer läßt dieses Übereinkommen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und den dazu von der Generalversammlung erlassenen Vorschriften im Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

Article 65

Notification

The depository shall notify all signatory States and, upon the entry into force of this Convention, the Agency of the following:

(a) signatures of this Convention;

(b) deposits of instruments of ratification, acceptance and approval in accordance with Article 63;

(c) the date on which this Convention enters into force in accordance with Article 61;

(d) exclusions from territorial application pursuant to Article 66; and

(e) withdrawal of a member from the Agency pursuant to Article 51.

Artikel 65

Notifikation

Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerstaaten und nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens der Agentur folgendes:

a) die Unterzeichnungen des Übereinkommens;

b) die Hinterlegungen von Ratifikations-, Annahme- und Genehmigungsurkunden nach Artikel 63;

c) den Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens nach Artikel 61;

d) die Ausschlüsse vom räumlichen Geltungsbereich nach Artikel 66;

e) den Austritt eines Mitglieds aus der Agentur nach Artikel 51.

Article 66

Territorial Application

This Convention shall apply to all territories under the jurisdiction of a member including the territories for whose international relations a member is responsible, except those which are excluded by such member by written notice to the depository of this Convention either at the time of ratification, acceptance or approval or subsequently.

Artikel 66

Räumlicher Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen gilt für alle Hoheitsgebiete, die der Hoheitsgewalt eines Mitglieds unterstehen, einschließlich der Hoheitsgebiete, für deren internationale Beziehungen ein Mitglied verantwortlich ist, mit Ausnahme derjenigen, die das Mitglied entweder im Zeitpunkt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder später durch schriftliche Mitteilung an den Verwahrer des Übereinkommens ausgeschlossen hat.

Article 67

Periodic Reviews

(a) The Council shall periodically undertake comprehensive reviews of the activities of the Agency as well as the results

Artikel 67

Regelmäßige Überprüfungen

a) Der Rat führt regelmäßig umfassende Überprüfungen der Tätigkeit der Agentur sowie der erzielten Ergebnisse durch zu

achieved with a view to introducing any changes required to enhance the Agency's ability to serve its objectives.

(b) The first such review shall take place five years after the entry into force of this Convention. The dates of subsequent reviews shall be determined by the Council.

dem Zweck, etwa erforderliche Änderungen vorzunehmen, um die Agentur bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen.

b) Die erste Überprüfung findet fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Der Zeitpunkt späterer Überprüfungen wird vom Rat festgelegt.

Done at Seoul, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the International Bank for Reconstruction and Development, which has indicated by its signature below its agreement to fulfill the functions with which it is charged under this Convention.

Geschehen zu Seoul in einer Urschrift, die im Archiv der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hinterlegt wird; die Bank hat durch ihre nachstehende Unterschrift ihr Einverständnis bekundet, die ihr durch dieses Übereinkommen übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Annex I

Guarantees of Sponsored Investments Under Article 24

Article 1

Sponsorship

(a) Any member may sponsor for guarantee an investment to be made by an investor of any nationality or by investors of any or several nationalities.

(b) Subject to the provisions of Sections (b) and (c) of Article 3 of this Annex, each sponsoring member shall share with the other sponsoring members in losses under guarantees of sponsored investments, when and to the extent that such losses cannot be covered out of the Sponsorship Trust Fund referred to in Article 2 of this Annex, in the proportion which the amount of maximum contingent liability under the guarantees of investment sponsored by it bears to the total amount of maximum contingent liability under the guarantees of investments sponsored by all members.

(c) In its decisions on the issuance of guarantees under this Annex, the Agency shall pay due regard to the prospects that the sponsoring member will be in a position to meet its obligations under this Annex and shall give priority to investments which are co-sponsored by the host countries concerned.

(d) The Agency shall periodically consult with sponsoring members with respect to its operations under this Annex.

Article 2

Sponsorship Trust Fund

(a) Premiums and other revenues attributable to guarantees of sponsored investments, including returns on the investment of such premiums and revenues, shall be held in a separate account which shall be called the Sponsorship Trust Fund.

(b) All administrative expenses and payments on claims attributable to guarantees issued under this Annex shall be paid out of the Sponsorship Trust Fund.

(c) The assets of the Sponsorship Trust Fund shall be held and administered for the joint account of sponsoring members and shall be kept separate and apart from the assets of the Agency.

Article 3

Calls on Sponsoring Members

(a) To the extent that any amount is payable by the Agency on account of a loss under a sponsored guarantee and such amount cannot be paid out of assets of the Sponsorship Trust Fund, the Agency shall call on each sponsoring member to pay into such Fund its share of such amount as shall be determined in accordance with Section (b) of Article 1 of this Annex.

(b) No member shall be liable to pay any amount on a call pursuant to the provisions ot this Article if as a result total payments made by that member will exceed the total amount of guarantees covering investments sponsored by it.

(c) Upon the expiry of any guarantee covering an investment sponsored by a member, the liability of that member shall be decreased by an amount equivalent to the amount of such guarantee; such liability shall also be decreased on a pro rata basis upon payment by the Agency of any claim related to a sponsored investment and shall otherwise continue in effect until the expiry of all guarantees of sponsored investments outstanding at the time of such payment.

Anlage I

Garantien für geförderte Investitionen nach Artikel 24

Artikel 1

Förderung

a) Jedes Mitglied kann Garantien für eine Investition fördern (sponsor for guarantee), die von einem Investor mit einer beliebigen Staatsangehörigkeit oder von Investoren mit einer oder mehreren beliebigen Staatsangehörigkeiten vorgenommen werden soll.

b) Vorbehaltlich des Artikels 3 Buchstaben b und c dieser Anlage trägt jedes fördernde Mitglied gemeinsam mit den anderen fördernden Mitgliedern die Verluste aufgrund von Garantien für geförderte Investitionen, sofern und soweit die Verluste nicht aus dem in Artikel 2 bezeichneten Fördertreuhandfonds gedeckt werden können, in dem Verhältnis, in dem der Betrag der höchsten Eventualverpflichtung aufgrund der Garantien für die von ihm geförderten Investitionen zu dem Gesamtbetrag der höchsten Eventualverpflichtung aufgrund der Garantien für die von allen Mitgliedern geförderten Investitionen steht.

c) In ihren Beschlüssen über die Gewährung von Garantien aufgrund dieser Anlage berücksichtigt die Agentur gebührend, ob das fördernde Mitglied voraussichtlich in der Lage sein wird, seinen Verpflichtungen aus dieser Anlage nachzukommen, und gibt den Investitionen Vorrang, die von den betroffenen Gastländern mitgefördert sind.

d) Die Agentur führt regelmäßige Konsultationen mit den fördernden Mitgliedern über ihre Geschäftstätigkeit aufgrund dieser Anlage.

Artikel 2

Fördertreuhandfonds (Sponsorship Trust Fund)

a) Prämien und sonstige auf Garantien für geförderte Investitionen entfallende Einkünfte, einschließlich der Erträge aus der Investition solcher Prämien und Einkünfte, werden auf einem Sonderkonto geführt, das als Fördertreuhandfonds bezeichnet wird.

b) Alle Verwaltungsausgaben und Zahlungen für Forderungen, die auf die aufgrund dieser Anlage gewährten Garantien entfallen, werden aus dem Fördertreuhandfonds gezahlt.

c) Die Vermögenswerte des Fördertreuhandfonds werden für gemeinsame Rechnung der fördernden Mitglieder geführt und verwaltet und von den Vermögenswerten der Agentur getrennt und gesondert geführt.

Artikel 3

Aufforderung an fördernde Mitglieder

a) Soweit die Agentur wegen eines Verlusts aufgrund einer geförderten Garantie einen Betrag zu zahlen hat, der nicht aus den Vermögenswerten des Fördertreuhandfonds gezahlt werden kann, fordert die Agentur jedes fördernde Mitglied auf, seinen nach Artikel 1 Buchstabe b dieser Anlage festgesetzten Anteil an dem Betrag in den Fonds einzuzahlen.

b) Ein Mitglied ist nicht verpflichtet, aufgrund einer Aufforderung nach diesem Artikel einen Betrag zu zahlen, wenn infolgedessen die Gesamtzahlungen dieses Mitglieds den Gesamtbetrag der Garantien für von ihm geförderte Investitionen übersteigen werden.

c) Bei Erlöschen einer Garantie für eine von einem Mitglied geförderte Investition verringert sich die Haftung des Mitglieds um einen der Höhe der Garantie entsprechenden Betrag; die Haftung verringert sich auch anteilmäßig, wenn die Agentur eine Forderung im Zusammenhang mit einer geförderten Investition bezahlt; sie bleibt im übrigen bis zum Erlöschen aller im Zeitpunkt dieser Zahlung bestehenden Garantien für geförderte Investitionen weiter bestehen.

(d) If any sponsoring member shall not be liable for an amount of a call pursuant to the provisions of this Article because of the limitation contained in Sections (b) and (c) above, or if any sponsoring member shall default in payment of an amount due in response to any such call, the liability for payment of such amount shall be shared pro rata by the other sponsoring members. Liability of members pursuant to this Section shall be subject to the limitation set forth in Sections (b) and (c) above.

(e) Any payment by a sponsoring member pursuant to a call in accordance with this Article shall be made promptly and in freely usable currency.

Article 4

Valuation of Currencies and Refunds

The provisions on valuation of currencies and refunds contained in this Convention with respect to capital subscriptions shall be applied *mutatis mutandis* to funds paid by members on account of sponsored investments.

Article 5

Reinsurance

(a) The Agency may, under the conditions set forth in Article 1 of this Annex, provide reinsurance to a member, an agency thereof, a regional agency as defined in Section (a) of Article 20 of this Convention or a private insurer in a member country. The provisions of this Annex concerning guarantees and of Articles 20 and 21 of this Convention shall be applied *mutatis mutandis* to reinsurance provided under this Section.

(b) The Agency may obtain reinsurance for investments guaranteed by it under this Annex and shall meet the cost of such reinsurance out of the Sponsorship Trust Fund. The Board may decide whether and to what extent the loss-sharing obligation of sponsoring members referred to in Section (b) of Article 1 of this Annex may be reduced on account of the reinsurance cover obtained.

Article 6

Operational Principles

Without prejudice to the provisions of this Annex, the provisions with respect to guarantee operations under Chapter III of this Convention and to financial management under Chapter IV of this Convention shall be applied *mutatis mutandis* to guarantees of sponsored investments except that (i) such investments shall qualify for sponsorship if made in the territories of any member, and in particular of any developing member, by an investor or investors eligible under Section (a) of Article 1 of this Annex, and (ii) the Agency shall not be liable with respect to its own assets for any guarantee or reinsurance issued under this Annex and each contract of guarantee or reinsurance concluded pursuant to this Annex shall expressly so provide.

Article 7

Voting

For decisions relating to sponsored investments, each sponsoring member shall have one additional vote for each 10,000 Special Drawing Rights equivalent of the amount guaranteed or reinsured on the basis of its sponsorship, and each member hosting a sponsored investment shall have one additional vote for each 10,000 Special Drawing Rights equivalent of the amount guaranteed or reinsured with respect to any sponsored investment hosted by it. Such additional votes shall be cast only for decisions related to sponsored investments and shall otherwise be disregarded in determining the voting power of members.

d) Haftet ein förderndes Mitglied wegen der unter den Buchstaben b und c vorgesehenen Beschränkung nicht für einen Betrag, für den eine Aufforderung nach diesem Artikel ergangen ist, oder gerät ein förderndes Mitglied mit der Zahlung eines nach einer derartigen Aufforderung fälligen Betrags in Verzug, so wird die Haftung für die Zahlung des Betrags von den anderen fördernden Mitgliedern anteilmäßig übernommen. Die Haftung der Mitglieder nach diesem Buchstaben unterliegt der unter den Buchstaben b und c vorgesehenen Beschränkung.

e) Jede Zahlung eines fördernden Mitglieds aufgrund einer Aufforderung nach diesem Artikel erfolgt sofort und in frei verwendbarer Währung.

Artikel 4

Bewertung von Währungen und Rückzahlungen

Die in diesem Übereinkommen enthaltenen Bestimmungen über die Bewertung von Währungen und über Rückzahlungen in bezug auf Kapitalzeichnungen gelten sinngemäß für die von Mitgliedern für geförderte Investitionen gezahlten Mittel.

Artikel 5

Rückversicherung

a) Die Agentur kann unter den in Artikel 1 dieser Anlage genannten Bedingungen einem Mitglied, einer Agentur desselben, einer in Artikel 20 Buchstabe a dieses Übereinkommens bezeichneten regionalen Agentur oder einem privaten Versicherer in einem Mitgliedstaat eine Rückversicherung gewähren. Die Bestimmungen dieser Anlage über Garantien und der Artikel 20 und 21 des Übereinkommens gelten sinngemäß für aufgrund dieses Buchstabens gewährte Rückversicherungen.

b) Die Agentur kann Rückversicherung für von ihr aufgrund dieser Anlage garantierte Investitionen erlangen und die Kosten dieser Rückversicherung aus dem Fördertreuhandfonds bestreiten. Das Direktorium kann beschließen, ob und inwieweit die in Artikel 1 Buchstabe b dieser Anlage vorgesehene Verpflichtung der fördernden Mitglieder zur gemeinsamen Übernahme von Verlusten wegen der erhaltenen Rückversicherungsdeckung verringert werden kann.

Artikel 6

Geschäftsführungsgrundsätze

Unbeschadet dieser Anlage gelten die Bestimmungen über die Geschäftstätigkeit im Zusammenhang mit Garantien nach Kapitel III dieses Übereinkommens und über die Verwaltung der Finanzen nach Kapitel IV des Übereinkommens sinngemäß für Garantien für geförderte Investitionen; jedoch i) müssen diese Investitionen die Voraussetzungen für eine Förderung erfüllen, falls sie im Hoheitsgebiet eines Mitglieds, insbesondere eines in der Entwicklung befindlichen Mitglieds, von Investoren vorgenommen werden, die nach Artikel 1 Buchstabe a dieser Anlage berücksichtigungsfähig sind, und ii) haftet die Agentur nicht in bezug auf ihre eigenen Vermögenswerte für die aufgrund dieser Anlage gewährten Garantien oder Rückversicherungen, und jeder aufgrund dieser Anlage geschlossene Garantie- oder Rückversicherungsvertrag muß dies ausdrücklich vorsehen.

Artikel 7

Abstimmung

Bei Beschlüssen im Zusammenhang mit geförderten Investitionen hat jedes fördernde Mitglied eine zusätzliche Stimme je 10 000 Sonderziehungsrechte entsprechend dem auf der Grundlage der Förderung garantierten oder rückversicherten Betrag, und jedes eine geförderte Investition aufnehmende Mitglied hat eine zusätzliche Stimme je 10 000 Sonderziehungsrechte entsprechend dem garantierten oder geförderten Betrag hinsichtlich jeder von ihm aufgenommenen geförderten Investition. Diese zusätzlichen Stimmen dürfen nur bei Beschlüssen im Zusammenhang mit geförderten Investitionen abgegeben werden; sie bleiben im übrigen bei der Festlegung der Stimmenzahl der Mitglieder unberücksichtigt.

Annex II

Settlement of Disputes Between A Member and the Agency Under Article 57

Article 1

Application of the Annex

All disputes within the scope of Article 57 of this Convention shall be settled in accordance with the procedure set out in this Annex, except in the cases where the Agency has entered into an agreement with a member pursuant to Section (b) (ii) of Article 57.

Article 2

Negotiation

The parties to a dispute within the scope of this Annex shall attempt to settle such dispute by negotiation before seeking conciliation or arbitration. Negotiations shall be deemed to have been exhausted if the parties fail to reach a settlement within a period of one hundred and twenty days from the date of the request to enter into negotiation.

Article 3

Conciliation

(a) If the dispute is not resolved through negotiation, either party may submit the dispute to arbitration in accordance with the provisions of Article 4 of this Annex, unless the parties, by mutual consent, have decided to resort first to the conciliation procedure provided for in this Article.

(b) The agreement for recourse to conciliation shall specify the matter in dispute, the claims of the parties in respect thereof and, if available, the name of the conciliator agreed upon by the parties. In the absence of agreement on the conciliator, the parties may jointly request either the Secretary-General of the International Centre for Settlement of Investment Disputes (hereinafter called ICSID) or the President of the International Court of Justice to appoint a conciliator. The conciliation procedure shall terminate if the conciliator has not been appointed within ninety days after the agreement for recourse to conciliation.

(c) Unless otherwise provided in this Annex or agreed upon by the parties, the conciliator shall determine the rules governing the conciliation procedure and shall be guided in this regard by the conciliation rules adopted pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(d) The parties shall cooperate in good faith with the conciliator and shall, in particular, provide him with all information and documentation which would assist him in the discharge of his functions; they shall give their most serious consideration to his recommendations.

(e) Unless otherwise agreed upon by the parties, the conciliator shall, within a period not exceeding one hundred and eighty days from the date of his appointment, submit to the parties a report recording the results of his efforts and setting out the issues controversial between the parties and his proposals for their settlement.

(f) Each party shall, within sixty days from the date of the receipt of the report, express in writing its views on the report to the other party.

(g) Neither party to a conciliation proceeding shall be entitled to have recourse to arbitration unless:

Anlage II

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Mitglied und der Agentur nach Artikel 57

Artikel 1

Anwendung der Anlage

Alle Streitigkeiten im Rahmen des Artikels 57 dieses Übereinkommens werden nach dem in dieser Anlage festgelegten Verfahren beigelegt, außer in den Fällen, in denen die Agentur eine Übereinkunft mit einem Mitglied nach Artikel 57 Buchstabe b Ziffer ii geschlossen hat.

Artikel 2

Verhandlungen

Die Parteien einer Streitigkeit im Rahmen dieser Anlage versuchen, diese Streitigkeit durch Verhandlungen beizulegen, bevor sie sich um ein Vergleichs- oder Schiedsverfahren bemühen. Die Verhandlungen gelten als erschöpft, wenn die Parteien innerhalb einer Frist von einhundertzwanzig Tagen nach dem Ersuchen um Aufnahme von Verhandlungen keine Beilegung erreicht haben.

Artikel 3

Vergleichsverfahren

a) Wird die Streitigkeit nicht durch Verhandlungen geregelt, so kann jede Partei die Streitigkeit einem Schiedsverfahren nach Artikel 4 dieser Anlage unterwerfen, es sei denn, die Parteien haben im gegenseitigen Einvernehmen beschlossen, zunächst das in diesem Artikel vorgesehene Vergleichsverfahren in Anspruch zu nehmen.

b) In der Vereinbarung über die Inanspruchnahme eines Vergleichsverfahrens werden der Streitgegenstand, die Forderungen der Parteien im Zusammenhang damit und gegebenenfalls der Name des Vermittlers, auf den sich die Parteien geeinigt haben, angegeben. Kann eine Einigung über den Vermittler nicht erzielt werden, so können die Parteien gemeinsam entweder den Generalsekretär des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (im folgenden als „ICSID" bezeichnet) oder den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs ersuchen, einen Vermittler zu bestellen. Das Vergleichsverfahren ist beendet, wenn der Vermittler nicht innerhalb von neunzig Tagen nach der Einigung über die Inanspruchnahme eines Vergleichsverfahrens bestellt worden ist.

c) Sofern in dieser Anlage nichts anderes vorgesehen oder von den Parteien nichts anderes vereinbart ist, legt der Vermittler die Verfahrensordnung für das Vergleichsverfahren fest und stützt sich in dieser Hinsicht auf die aufgrund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beschlossene Vergleichsordnung.

d) Die Parteien arbeiten in redlicher Absicht mit dem Vermittler zusammen und stellen ihm insbesondere alle Informationen und Unterlagen zur Verfügung, die ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben helfen können; sie prüfen seine Empfehlungen äußerst sorgfältig.

e) Sofern von den Parteien nichts anderes vereinbart wird, legt der Vermittler innerhalb einer Frist von einhundertachtzig Tagen nach seiner Bestellung den Parteien einen Bericht vor, in dem er die Ergebnisse seiner Bemühungen, die zwischen den Parteien bestehenden strittigen Fragen und seine Vorschläge zu deren Beilegung darlegt.

f) Jede Partei nimmt gegenüber der anderen Partei innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang des Berichts schriftlich dazu Stellung.

g) Eine Partei eines Vergleichsverfahrens ist nicht berechtigt, ein Schiedsverfahren in Anspruch zu nehmen, es sei denn,

(i) the conciliator shall have failed to submit his report within the period established in Section (e) above; or

(ii) the parties shall have failed to accept all of the proposals contained in the report within sixty days after its receipt; or

(iii) the parties, after an exchange of views on the report, shall have failed to agree on a settlement of all controversial issues within sixty days after receipt of the conciliator's report; or

(iv) a party shall have failed to express its views on the report as prescribed in Section (f) above.

(h) Unless the parties agree otherwise, the fees of the conciliator shall be determined on the basis of the rates applicable to ICSID conciliation. These fees and the other costs of the conciliation proceedings shall be borne equally by the parties. Each party shall defray its own expenses.

i) der Vermittler hat seinen Bericht nicht innerhalb der unter Buchstabe e festgesetzten Frist vorgelegt,

ii) die Parteien haben nicht alle in dem Bericht enthaltenen Vorschläge innerhalb von sechzig Tagen nach dessen Eingang angenommen,

iii) die Parteien haben sich nach einem Meinungsaustausch über den Bericht nicht innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang des Berichts des Vermittlers über eine Beilegung aller strittigen Fragen einigen können, oder

iv) eine Partei hat nicht wie unter Buchstabe f vorgeschrieben zu dem Bericht Stellung genommen.

h) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, wird das Honorar des Vermittlers auf der Grundlage der für das ICSID-Vergleichsverfahren anwendbaren Sätze festgelegt. Dieses Honorar und die anderen Kosten des Vergleichsverfahrens werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen. Jede Partei bestreitet ihre eigenen Auslagen.

Article 4

Arbitration

(a) Arbitration proceedings shall be instituted by means of notice by the party seeking arbitration (the claimant) addressed to the other party or parties to the dispute (the respondent). The notice shall specify the nature of the dispute, the relief sought and the name of the arbitrator appoined by the claimant. The Respondent shall, within thirty days after the date of receipt of the notice, notify the claimant of the name of the arbitrator appointed by it. The two parties shall, within a period of thirty days from the date of appointment of the second arbitrator, select a third arbitrator, who shall act as President of the Arbitral Tribunal (the Tribunal).

(b) If the Tribunal shall not have been constituted within sixty days from the date of the notice, the arbitrator not yet appointed or the President not yet selected shall be appointed, at the joint request of the parties, by the Secretary-General of ICSID. If there is no such joint request, or if the Secretary-General shall fail to make the appointment within thirty days of the request, either party may request the President of the International Court of Justice to make the appointment.

(c) No party shall have the right to change the arbitrator appointed by it once the hearing of the dispute has commenced. In case any arbitrator (including the President of the Tribunal) shall resign, die, or become incapacitated, a successor shall be appointed in the manner followed in the appointment of his predecessor and such successor shall have the same powers and duties of the arbitrator he succeeds.

(d) The Tribunal shall convene first at such time and place as shall be determined by the President. Thereafter. the Tribunal shall determine the place and dates of its meetings.

(e) Unless otherwise provided in this Annex or agreed upon by the parties, the Tribunal shall determine its procedure and shall be guided in this regard by the arbitration rules adopted pursuant to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(f) The Tribunal shall be the judge of its own competence except that, if an objection is raised before the Tribunal to the effect that the dispute falls within the jurisdiction of the Board or the Council under Article 56 or within the jurisdiction of a judicial or arbitral body designated in an agreement under Article 1 of this Annex and the Tribunal is satisfied that the objection is genuine, the objection shall be referred by the Tribunal to the Board or the Council or the designated body, as the case may be, and the arbitration proceedings shall be stayed until a decision has been reached on the matter, which shall be binding upon the Tribunal.

Artikel 4

Schiedsverfahren

a) Das Schiedsverfahren wird durch eine Mitteilung der das Schiedsverfahren begehrenden Partei (betreibende Partei) an die andere Streitpartei oder anderen Streitparteien (Gegner) eingeleitet. In der Mitteilung werden die Art der Streitigkeit, das Schiedsklagebegehren und der Name des von der betreibenden Partei bestellten Schiedsrichters angegeben. Der Gegner teilt der betreibenden Partei innerhalb von dreißig Tagen nach Eingang der Mitteilung den Namen des von ihm bestellten Schiedsrichters mit. Die beiden Parteien wählen innerhalb von dreißig Tagen nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters einen dritten Schiedsrichter aus, der als Obmann des Schiedsgerichts (Gericht) tätig wird.

b) Ist das Gericht nicht innerhalb von sechzig Tagen nach dem Tag der Mitteilung gebildet, so wird der noch nicht bestellte Schiedsrichter oder der noch nicht ausgewählte Obmann auf gemeinsamen Antrag der Parteien vom Generalsekretär des ICSID bestellt. Liegt ein gemeinsamer Antrag nicht vor oder nimmt der Generalsekretär die Bestellung nicht innerhalb von dreißig Tagen nach dem Antrag vor, so kann jede der Parteien den Obmann des Internationalen Gerichtshofs ersuchen, die Bestellung vorzunehmen.

c) Eine Partei hat nicht das Recht, nach Eröffnung der Verhandlung über die Streitigkeit den von ihr bestellten Schiedsrichter zu wechseln. Tritt ein Schiedsrichter (einschließlich des Obmanns des Gerichts) zurück, stirbt er oder wird er unfähig, sein Amt auszuüben, so wird ein Nachfolger in derselben Weise bestellt wie der Vorgänger; der Nachfolger hat dieselben Befugnisse und Aufgaben wie der Schiedsrichter, dessen Nachfolger er ist.

d) Das Gericht tritt zuerst zu dem Zeitpunkt und an dem Ort zusammen, die der Obmann festlegt. Danach legt das Gericht Ort und Zeit seiner Sitzungen fest.

e) Sofern in dieser Anlage nichts anderes vorgesehen oder von den Parteien nichts anderes vereinbart ist, legt das Gericht seine Verfahrensordnung fest und stützt sich in dieser Hinsicht auf die aufgrund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten beschlossene Schiedsordnung.

f) Das Gericht entscheidet selbst über seine Zuständigkeit; wird jedoch vor dem Gericht die Einrede erhoben, daß die Streitigkeit in die Zuständigkeit des Direktoriums oder des Rates nach Artikel 56 oder in die Zuständigkeit eines in einer Übereinkunft nach Artikel 1 dieser Anlage bezeichneten Rechtsprechungs- oder Schiedsgremiums fällt, und hat sich das Gericht davon überzeugt, daß die Einrede richtig ist, so wird die Einrede vom Gericht an das Direktorium, den Rat beziehungsweise das bezeichnete Gremium verwiesen, und das Schiedsverfahren wird so lange ausgesetzt, bis eine Entscheidung in der Frage herbeigeführt ist; diese ist für das Gericht bindend.

(g) The Tribunal shall, in any dispute within the scope of this Annex, apply the provisions of this Convention, any relevant agreement between the parties to the dispute, the Agency's by-laws and regulations, the applicable rules of international law, the domestic law of the member concerned as well as the applicable provisions of the investment contract, if any. Without prejudice to the provisions of this Convention, the Tribunal may decide a dispute *ex aequo et bono* if the Agency and the member concerned so agree. The Tribunal may not bring a finding of *non liquet* on the ground of silence or obscurity of the law.

(h) The Tribunal shall afford a fair hearing to all the parties. All decisions of the Tribunal shall be taken by a majority vote and shall state the reasons on which they are based. The award of the Tribunal shall be in writing, and shall be signed by at least two arbitrators and a copy thereof shall be transmitted to each party. The award shall be final and binding upon the parties and shall not be subject to appeal, annulment or revision.

(i) If any dispute shall arise between the parties as to the meaning or scope of an award, either party may, within sixty days after the award was rendered, request interpretation of the award by an application in writing to the President of the Tribunal which rendered the award. The President shall, if possible, submit the request to the Tribunal which rendered the award and shall convene such Tribunal within sixty days after receipt of the application. If this shall not be possible, a new Tribunal shall be constituted in accordance with the provisions of Sections (a) to (d) above. The Tribunal may stay enforcement of the award pending its decision on the requested interpretation.

(j) Each member shall recognize an award rendered pursuant to this Article as binding and enforceable within its territories as if it were a final judgement of a court in that member. Execution of the award shall be governed by the laws concerning the execution of judgements in force in the State in whose territories such execution is sought and shall not derogate from the law in force relating to immunity from execution.

(k) Unless the parties shall agree otherwise, the fees and remuneration payable to the arbitrators shall be determined on the basis of the rates applicable to ICSID arbitration. Each party shall defray its own costs associated with the arbitration proceedings. The costs of the Tribunal shall be borne by the parties in equal proportion unless the Tribunal decides otherwise. Any question concerning the division of the costs of the Tribunal or the procedure for payment of such costs shall be decided by the Tribunal.

Article 5

Service of Process

Service of any notice or process in connection with any proceeding under this Annex shall be made in writing. It shall be made by the Agency upon the authority designated by the member concerned pursuant to Article 38 of this Convention and by that member at the principal office of the Agency.

g) Bei Streitigkeiten im Rahmen dieser Anlage wendet das Gericht die Bestimmungen dieses Übereinkommens, einschlägige Übereinkünfte zwischen den Streitparteien, die Satzung und Vorschriften der Agentur, die anwendbaren Regeln des Völkerrechts, das innerstaatliche Recht des betreffenden Mitglieds sowie die anwendbaren Bestimmungen eines etwaigen Investitionsvertrags an. Unbeschadet des Übereinkommens kann das Gericht bei Einwilligung der Agentur und des betroffenen Mitglieds ex aequo et bono entscheiden. Das Gericht kann eine Entscheidung nicht mit der Begründung ablehnen, daß das Recht zu dem streitigen Punkt schweigt oder unklar ist.

h) Das Gericht gewährt allen Parteien eine gerechte Verhandlung. Alle Entscheidungen des Gerichts werden mit Stimmenmehrheit getroffen und sind zu begründen. Der Schiedsspruch des Gerichts bedarf der Schriftform und ist von mindestens zwei Schiedsrichtern zu unterzeichnen; jeder der Parteien wird eine Abschrift davon übermittelt. Der Schiedsspruch ist endgültig und für die Parteien bindend; er unterliegt keinem Rechtsmittel, keiner Aufhebung und keinem Wiederaufnahmeverfahren.

i) Entstehen Streitigkeiten zwischen den Parteien über Sinn oder Tragweite des Schiedsspruchs, so kann jede Partei innerhalb von sechzig Tagen nach Ergehen des Schiedsspruchs einen schriftlichen Antrag auf Auslegung des Schiedsspruchs an den Obmann des Gerichts richten, das den Schiedsspruch erlassen hat. Der Obmann legt nach Möglichkeit den Antrag dem Gericht vor, das den Schiedsspruch erlassen hat, und beruft dieses Gericht innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang des Antrags ein. Ist dies nicht möglich, so wird ein neues Gericht nach den Buchstaben a bis d gebildet. Das Gericht kann die Vollstreckung des Schiedsspruchs bis zur Entscheidung über den Auslegungsantrag aussetzen.

j) Jedes Mitglied erkennt einen nach diesem Artikel erlassenen Schiedsspruch als bindend und in seinem Hoheitsgebiet vollstreckbar an, als handle es sich um ein rechtskräftiges Urteil eines seiner innerstaatlichen Gerichte. Auf die Vollstreckung des Schiedsspruchs sind die Rechtsvorschriften für die Vollstreckung von Urteilen anzuwenden, die in dem Staat gelten, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung begehrt wird; sie darf keine Ausnahme von dem geltenden Recht über die Immunität von der Vollstreckung schaffen.

k) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, werden das Honorar und die Vergütung der Schiedsrichter auf der Grundlage der für das ICSID-Schiedsverfahren geltenden Sätze festgesetzt. Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Gerichts werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen, sofern das Gericht nichts anderes beschließt. Jede Frage über die Teilung der Kosten des Gerichts oder das Verfahren zur Zahlung dieser Kosten wird vom Gericht entschieden.

Artikel 5

Zustellung der Schiedsklageschrift

Die Zustellung jeder Mitteilung oder Schiedsklageschrift im Zusammenhang mit einem Verfahren aufgrund dieser Anlage bedarf der Schriftform. Sie erfolgt durch die Agentur an die von dem betreffenden Mitglied nach Artikel 38 dieses Übereinkommens bezeichnete Stelle und durch das Mitglied am Hauptsitz der Agentur.

Schedule A
Membership and Subscriptions

Category One

Country	Number of Shares	Subscription (millions of SDR)
Australia	1,713	17.13
Austria	775	7.75
Belgium	2,030	20.30
Canada	2,965	29.65
Denmark	718	7.18
Finland	600	6.00
France	4,860	48.60
Germany, Federal Republic of	5,071	50.71
Iceland	90	0.90
Ireland	369	3.69
Italy	2,820	28.20
Japan	5,095	50.95
Luxembourg	116	1.16
Netherlands	2,169	21.69
New Zealand	513	5.13
Norway	699	6.99
South Africa	943	9.43
Sweden	1,049	10.49
Switzerland	1,500	15.00
United Kingdom	4,860	48.60
United States	20,519	205.19
	59,473	594.73

Category Two *)

Country	Number of Shares	Subscription (millions of SDR)
Afghanistan	118	1.18
Algeria	649	6.49
Antigua and Barbuda	50	0.50
Argentina	1,254	12.54
Bahamas	100	1.00
Bahrain	77	0.77
Bangladesh	340	3.40
Barbados	68	0.68
Belize	50	0.50
Benin	61	0.61
Bhutan	50	0.50
Bolivia	125	1.25
Botswana	50	0.50

*) Countries listed under Category Two are developing member countries for the purposes of this Convention.

Anhang A
Mitglieder und Zeichnungsbeträge

Kategorie Eins

Staat	Anzahl der Anteile	Zeichnung (Millionen SZR)
Australien	1 713	17,13
Belgien	2 030	20,30
Dänemark	718	7,18
Deutschland, Bundesrepublik	5 071	50,71
Finnland	600	6,00
Frankreich	4 860	48,60
Irland	369	3,69
Island	90	0,90
Italien	2 820	28,20
Japan	5 095	50,95
Kanada	2 965	29,65
Luxemburg	116	1,16
Neuseeland	513	5,13
Niederlande	2 169	21,69
Norwegen	699	6,99
Österreich	775	7,75
Schweden	1 049	10,49
Schweiz	1 500	15,00
Südafrika	943	9,43
Vereinigte Staaten	20 519	205,19
Vereinigtes Königreich	4 860	48,60
	59 473	594,73

Kategorie Zwei *)

Staat	Anzahl der Anteile	Zeichnung (Millionen SZR)
Ägypten, Arabische Republik	459	4,59
Äquatorialguinea	50	0,50
Äthiopien	70	0,70
Afghanistan	118	1,18
Algerien	649	6,49
Antigua und Barbuda	50	0,50
Argentinien	1 254	12,54
Bahamas	100	1,00
Bahrain	77	0,77
Bangladesch	340	3,40
Barbados	68	0,68
Belize	50	0,50
Benin	61	0,61

*) Die in Kategorie Zwei aufgeführten Staaten sind in der Entwicklung befindliche Mitgliedstaaten im Sinne dieses Übereinkommens.

Country	Number of Shares	Subscription (millions of SDR)
Brazil	1,479	14.79
Burkina Faso	61	0.61
Burma	178	1.78
Burundi	74	0.74
Cameroon	107	1.07
Cape Verde	50	0.50
Central African Republic	60	0.60
Chad	60	0.60
Chile	485	4.85
China	3,138	31.38
Colombia	437	4.37
Comoros	50	0.50
Congo, People's Rep. of the	65	0.65
Costa Rica	117	1.17
Cyprus	104	1.04
Djibouti	50	0.50
Dominica	50	0.50
Dominican Republic	147	1.47
Ecuador	182	1.82
Egypt, Arab Republic of	459	4.59
El Salvador	122	1.22
Equatorial Guinea	50	0.50
Ethiopia	70	0.70
Fiji	71	0.71
Gabon	96	0.96
Gambia, The	50	0.50
Ghana	245	2.45
Greece	280	2.80
Grenada	50	0.50
Guatemala	140	1.40
Guinea	91	0.91
Guinea-Bissau	50	0.50
Guyana	84	0.84
Haiti	75	0.75
Honduras	101	1.01
Hungary	564	5.64
India	3,048	30.48
Indonesia	1,049	10.49
Iran, Islamic Republic of	1,659	16.59
Iraq	350	3.50
Israel	474	4.74
Ivory Coast	176	1.76
Jamaica	181	1.81
Jordan	97	0.97
Kampuchea, Democratic	93	0.93
Kenya	172	1.72
Korea, Republic of	449	4.49
Kuwait	930	9.30
Lao People's Dem. Rep.	60	0.60
Lebanon	142	1.42
Lesotho	50	0.50
Liberia	84	0.84
Libyan Arab Jamahiriya	549	5.49
Madagascar	100	1.00
Malawi	77	0.77
Malaysia	579	5.79

Staat	Anzahl der Anteile	Zeichnung (Millionen SZR)
Bhutan	50	0,50
Birma	178	1,78
Bolivien	125	1,25
Botsuana	50	0,50
Brasilien	1 479	14,79
Burkina Faso	61	0,61
Burundi	74	0,74
Chile	485	4,85
China	3 138	31,38
Costa Rica	117	1,17
Côte d'Ivoire	176	1,76
Dominica	50	0,50
Dominikanische Republik	147	1,47
Dschibuti	50	0,50
Ecuador	182	1,82
El Salvador	122	1,22
Fidschi	71	0,71
Gabun	96	0,96
Gambia	50	0,50
Ghana	245	2,45
Grenada	50	0,50
Griechenland	280	2,80
Guatemala	140	1,40
Guinea	91	0,91
Guinea-Bissau	50	0,50
Guyana	84	0,84
Haiti	75	0,75
Honduras	101	1,01
Indien	3 048	30,48
Indonesien	1 049	10,49
Irak	350	3,50
Iran, Islamische Republik	1 659	16,59
Israel	474	4,74
Jamaika	181	1,81
Jemenitische Arabische Republik	67	0,67
Jemen, Demokratische Volksrepublik	115	1,15
Jordanien	97	0,97
Jugoslawien	635	6,35
Kamerun	107	1,07
Kamputschea, das Demokratische	93	0,93
Kap Verde	50	0,50
Katar	137	1,37
Kenia	172	1,72
Kolumbien	437	4,37
Komoren	50	0,50
Kongo, Volksrepublik	65	0,65
Korea, Republik	449	4,49
Kuwait	930	9,30
Laotische Demokratische Volksrepublik	60	0,60
Lesotho	50	0,50
Libanon	142	1,42
Liberia	84	0,84
Libysch-Arabische Dschamahirija	549	5,49
Madagaskar	100	1,00
Malawi	77	0,77
Malaysia	579	5,79

Country	Number of Shares	Subscription (millions of SDR)
Maldives	50	0.50
Mali	81	0.81
Malta	75	0.75
Mauritania	63	0.63
Mauritius	87	0.87
Mexico	1,192	11.92
Morocco	348	3.48
Mozambique	97	0.97
Nepal	69	0.69
Nicaragua	102	1.02
Niger	62	0.62
Nigeria	844	8.44
Oman	94	0.94
Pakistan	660	6.60
Panama	131	1.31
Papua New Guinea	96	0.96
Paraguay	80	0.80
Peru	373	3.73
Philippines	484	4.84
Portugal	382	3.82
Qatar	137	1.37
Romania	555	5.55
Rwanda	75	0.75
St. Christopher and Nevis	50	0.50
St. Lucia	50	0.50
St. Vincent	50	0.50
Sao Tome and Principe	50	0.50
Saudi Arabia	3,137	31.37
Senegal	145	1.45
Seychelles	50	0.50
Sierra Leone	75	0.75
Singapore	154	1.54
Solomon Islands	50	0.50
Somalia	78	0.78
Spain	1,285	12.85
Sri Lanka	271	2.71
Sudan	206	2.06
Suriname	82	0.82
Syrian Arab Republic	168	1.68
Swaziland	58	0.58
Tanzania	141	1.41
Thailand	421	4.21
Togo	77	0.77
Trinidad and Tobago	203	2.03
Tunisia	156	1.56
Turkey	462	4.62
United Arab Emirates	372	3.72
Uganda	132	1.32
Uruguay	202	2.02
Vanuatu	50	0.50
Venezuela	1,427	14.27
Viet Nam	220	2.20
Western Samoa	50	0.50
Yemen Arab Republic	67	0.67
Yemen, People's Dem. Rep. of	115	1.15
Yugoslavia	635	6.35

Staat	Anzahl der Anteile	Zeichnung (Millionen SZR)
Malediven	50	0,50
Mali	81	0,81
Malta	75	0,75
Marokko	348	3,48
Mauretanien	63	0,63
Mauritius	87	0,87
Mexiko	1 192	11,92
Mosambik	97	0,97
Nepal	69	0,69
Nicaragua	102	1,02
Niger	62	0,62
Nigeria	844	8,44
Oman	94	0,94
Pakistan	660	6,60
Panama	131	1,31
Papua-Neuguinea	96	0,96
Paraguay	80	0,80
Peru	373	3,73
Philippinen	484	4,84
Portugal	382	3,82
Ruanda	75	0,75
Rumänien	555	5,55
Salomonen	50	0,50
Sambia	318	3,18
São Tomé und Príncipe	50	0,50
Saudi-Arabien	3 137	31,37
Senegal	145	1,45
Seschellen	50	0,50
Sierra Leone	75	0,75
Simbabwe	236	2,36
Singapur	154	1,54
Somalia	78	0,78
Spanien	1 285	12,85
Sri Lanka	271	2,71
St. Christopher und Nevis	50	0,50
St. Lucia	50	0,50
St. Vincent	50	0,50
Sudan	206	2,06
Suriname	82	0,82
Swasiland	58	0,58
Syrien, Arabische Republik	168	1,68
Tansania	141	1,41
Thailand	421	4,21
Togo	77	0,77
Trinidad und Tobago	203	2,03
Tschad	60	0,60
Türkei	462	4,62
Tunesien	156	1,56
Uganda	132	1,32
Ungarn	564	5,64
Uruguay	202	2,02
Vanuatu	50	0,50
Venezuela	1 427	14,27
Vereinigte Arabische Emirate	372	3,72
Vietnam	220	2,20
Westsamoa	50	0,50

Country	Number of Shares	Subscription (millions of SDR)
Zaire	338	3.38
Zambia	318	3.18
Zimbabwe	236	2.36
	40,527	405.27
Total	100,000	1,000.00

Staat	Anzahl der Anteile	Zeichnung (Millionen SZR)
Zaire	338	3,38
Zentralafrikanische Republik	60	0,60
Zypern	104	1,04
	40 527	405,27
Insgesamt	100 000	1 000,00

Schedule B

Election of Directors

1. Candidates for the office of Director shall be nominated by the Governors, provided that a Governor may nominate only one person.
2. The election of Directors shall be by ballot of the Governors.
3. In balloting for the Directors, every Governor shall cast for one candidate all the votes which the member represented by him is entitled to cast under Section (a) of Article 40.
4. One-fourth of the number of Directors shall be elected separately, one by each of the Governors of members having the largest number of shares. If the total number of Directors is not divisible by four, the number of Directors so elected shall be one-fourth of the next lower number that is divisible by four.
5. The remaining Directors shall be elected by the other Governors in accordance with the provisions of paragraphs 6 to 11 of this Schedule.
6. If the number of candidates nominated equals the number of such remaining Directors to be elected, all the candidates shall be elected in the first ballot; except that a candidate or candidates having received less than the minimum percentage of total votes determined by the Council for such election shall not be elected if any candidate shall have received more than the maximum percentage of total votes determined by the Council.
7. If the number of candidates nominated exceeds the number of such remaining Directors to be elected, the candidates receiving the largest number of votes shall be elected with the exception of any candidate who has received less than the minimum percentage of the total votes determined by the Council.
8. If all of such remaining Directors are not elected in the first ballot, a second ballot shall be held. The candidate or candidates not elected in the first ballot shall again be eligible for election.
9. In the second ballot, voting shall be limited to (i) those Governors having voted in the first ballot for a candidate not elected and (ii) those Governors having voted in the first ballot for an elected candidate who had already received the maximum percentage of total votes determined by the Council before taking their votes into account.
10. In determining when an elected candidate has received more than the maximum percentage of the votes, the votes of the Governor casting the largest number of votes for such candi-

Anhang B

Wahl der Direktoren

1. Die Bewerber für das Amt eines Direktors werden von den Gouverneuren benannt; ein Gouverneur darf jedoch nur eine Person benennen.
2. Die Wahl der Direktoren erfolgt mittels Stimmzettel durch die Gouverneure.
3. Bei der Abstimmung über die Direktoren gibt jeder Gouverneur alle Stimmen, die das von ihm vertretene Mitglied nach Artikel 40 Buchstabe a abgeben kann, für einen Bewerber ab.
4. Ein Viertel der Anzahl der Direktoren wird getrennt gewählt, je einer von jedem der Gouverneure der Mitglieder mit der größten Anzahl von Anteilen. Ist die Gesamtzahl der Direktoren nicht durch vier teilbar, so beträgt die Zahl der so gewählten Direktoren ein Viertel der nächstniedrigen durch vier teilbaren Zahl.
5. Die übrigen Direktoren werden von den anderen Gouverneuren nach Maßgabe der Nummern 6 bis 11 dieses Anhangs gewählt.
6. Entspricht die Anzahl der benannten Bewerber der Anzahl der noch zu wählenden übrigen Direktoren, so werden alle Bewerber im ersten Wahlgang gewählt; hat ein Bewerber jedoch weniger als den vom Rat für die Wahl festgelegten Mindesthundertsatz der Gesamtstimmen erhalten, so ist er nicht gewählt, sofern ein Bewerber mehr als den vom Rat festgelegten Höchsthundertsatz der Gesamtstimmen erhalten hat.
7. Ist die Zahl der benannten Bewerber größer als die Zahl der zu wählenden übrigen Direktoren, so sind die Bewerber, welche die größte Anzahl von Stimmen erhalten, gewählt, ausgenommen die Bewerber, die weniger als den vom Rat festgelegten Mindesthundertsatz der Gesamtstimmen erhalten haben.
8. Werden im ersten Wahlgang nicht alle übrigen Direktoren gewählt, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Die im ersten Wahlgang nicht gewählten Bewerber sind wieder wählbar.
9. Im zweiten Wahlgang ist die Stimmabgabe beschränkt auf i) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für einen nicht gewählten Bewerber gestimmt haben, und ii) die Gouverneure, die im ersten Wahlgang für einen gewählten Bewerber gestimmt haben, der bereits den vom Rat festgelegten Höchsthundertsatz der Gesamtstimmen erhalten hatte, bevor ihre Stimmen berücksichtigt wurden.
10. Bei der Entscheidung darüber, wann ein gewählter Bewerber mehr als den Höchsthundertsatz der Stimmen erhalten hat, werden zuerst die Stimmen der Gouverneure gezählt, welche

date shall be counted first, then the votes of the Governor casting the next largest number, and so on until such percentage is reached.

11. If not all the remaining Directors have been elected after the second ballot, further ballots shall be held on the same principles until all the remaining Directors are elected, provided that when only one Director remains to be elected, this Director may be elected by a simple majority of the remaining votes and shall be deemed to have been elected by all such votes.

die größte Anzahl von Stimmen für diesen Bewerber abgeben, sodann die Stimmen der Gouverneure, welche die nächstgrößte Stimmenzahl abgeben, und so fort, bis der Hundertsatz erreicht ist.

11. Sind nach dem zweiten Wahlgang nicht alle übrigen Direktoren gewählt, so finden weitere Wahlgänge nach den gleichen Grundsätzen statt, bis alle übrigen Direktoren gewählt sind; ist jedoch nur noch ein Direktor zu wählen, so kann er mit der einfachen Mehrheit der Reststimmen gewählt werden und gilt als mit allen diesen Stimmen gewählt.

Denkschrift zum Übereinkommen

1. **Die Bedeutung privater Direktinvestitionen in Entwicklungsländern**

1.1 Die privaten Direktinvestitionen gewinnen vor dem Hintergrund eines internationalen Strukturwandels für die Wirtschaft der Industrieländer und der Entwicklungsländer eine immer stärkere Bedeutung. Bemühungen um ein investitionsfreundliches Klima kommt daher besondere Bedeutung für den Entwicklungsprozeß zu. Private Direktinvestitionen in der Dritten Welt sind die Grundlage der Sicherung von Zukunftsmärkten und Voraussetzung einer verstärkten unternehmerischen Zusammenarbeit. Sie unterstützen die Integration der Entwicklungsländer in regionale Märkte und in die Weltwirtschaft. Angesichts der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer hat demnach die Umkehrung der Kapitalflucht und ein verstärkter Transfer von privatem Kapital in diese Länder einen hohen Stellenwert.

1.2 Die Bundesregierung hält eine breit angelegte wirtschaftliche Kooperation insbesondere auch von kleinen und mittleren Unternehmen der Industrieländer mit der Dritten Welt für ein wirksames Mittel zu deren wirtschaftlicher Entwicklung. Die Dynamik des privaten Sektors kann sich dabei dort am kräftigsten entwickeln, wo der Staat günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen setzt und die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sind. Private Direktinvestitionen bedeuten hierbei für die Entwicklungsländer nicht nur die Bereitstellung von zusätzlichem Kapital, sondern auch die Übertragung unternehmerischer Fähigkeiten und Techniken. Sie sind ein entscheidender Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

1.3 Die Bundesregierung weist im Rahmen des Politikdialogs auf die Bedeutung privatwirtschaftlicher Zusammenarbeit und deren Voraussetzungen nachdrücklich hin. Sie sichert einen ausreichenden Investitionsschutz durch den Abschluß von Investitionsförderungsverträgen und durch die Absicherung politischer Risiken mittels ihres Kapitalanlagegarantie-Instrumentariums.

1.4 Die Bundesregierung unterstützt Direktinvestitionen in Entwicklungsländern durch Finanzierungs- und Beratungsmaßnahmen mittels ihres vielfältigen Förderungsinstrumentariums. Dadurch sollen die Übertragung angepaßter Produkte und Produktionsverfahren erleichtert, der Wirtschaftsaustausch mit den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer verstärkt und die Übertragung technischen Wissens, von Managementfähigkeiten und von Risikokapital erleichtert werden.

Zum Förderungsinstrumentarium der Bundesregierung zählen Beratungsmaßnahmen für die Wirtschaft der Entwicklungsländer, Studienfinanzierung und Kredite zur Förderung investiver Zusammenarbeit, die Finanzierung von Beteiligungen und beteiligungsähnlichem Kapital durch die DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern –, die Förderung des privaten Technologietransfers sowie Unterstützungsmaßnahmen für betriebliche Ausbildung und partnerschaftliche Beratung.

2. **Aufgaben der MIGA**

2.1 Der Bedeutung privater Direktinvestitionen soll auf internationaler Ebene durch die Gründung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) Rechnung getragen werden, deren Gründungsübereinkommen vom Gouverneursrat der Weltbank am 11. Oktober 1985 auf seiner Jahrestagung in Seoul zur Zeichnung aufgelegt wurde.

Das Übereinkommen errichtet die Agentur als eine internationale Entwicklungsorganisation mit dem Auftrag, privatwirtschaftliche Investitionen in Entwicklungsländern durch Garantien gegen nichtkommerzielle Risiken sowie durch gezielte Förderungs- und Beratungsmaßnahmen und andere Bemühungen um Verbesserungen des Investitionsklimas in den Gastländern zu beleben. Hierbei wird die Agentur ihre Aktivitäten mit denen der Weltbank und der Internationalen Finanz-Corporation koordinieren und mit diesen Institutionen zusammenarbeiten. Konkrete Vorstellungen für ihre vorgesehene Zusammenarbeit mit den nationalen Institutionen für Kapitalanlagegarantien, neben denen die MIGA selbständig tätig sein wird, müssen noch entwickelt werden.

Der Agentur wird insbesondere Bedeutung in jenen Bereichen zukommen, die von nationalen Garantien nicht erfaßt werden. Bei besonders großen Projekten mit Konsortialpartnern aus verschiedenen Ländern kann die Agentur einerseits eine Garantie aus einer Hand gewähren, andererseits aber auch eine Parallelversicherung mit nationalen Agenturen anstreben.

Neben der eigentlichen Investitionsversicherung wird die Agentur in den ihr angehörenden Entwicklungsländern vor allem auch im Bereich der unmittelbaren und mittelbaren Investitionsförderung tätig werden. Sie soll durch geeignete Maßnahmen versuchen, die Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen, d. h. das Investitionsklima in den einzelnen Investitionsländern, zu verbessern. In Teilbereichen wird sie hierbei allein schon durch ihre vertraglichen Abmachungen für eine Verbesserung des Investitionsklimas sorgen können. Darüber hinaus wird sie im Rahmen ihres technischen Programms gezielt entgeltliche Dienstleistungen, so z. B. Beratungsleistungen zum Zwecke der Investitionsförderung, anbieten. Sie wird damit die bilateralen und multilateralen Förderungsmaßnahmen anderer Partner in diesem wichtigen Bereich ergänzen.

2.2 Die Agentur soll ihre Kosten aus eigenen Erträgen decken. Sie wird mit einem Grundkapital von einer Milliarde Sonderziehungsrechten ausgestattet, an dem sich Industrie- und Entwicklungsländer ihren Anteilen am Kapital der Weltbank vergleichbar beteiligen.

Die Agentur ist damit die erste internationale Organisation zur Versicherung von Investitionen in Entwicklungsländern, an der sich neben den Industrieländern eine große Zahl von Entwicklungsländern beteiligt. Die breitgestreute finanzielle Beteiligung der Entwicklungsländer an der Agentur und ihre weitreichende, freiwillige vertragliche Einbindung in diese Institution ist ein politisch bedeutender Schritt auf dem Wege zu einer befriedigenderen Absicherung von Investitionen in Entwicklungsländern. Durch die finanzielle Mitverantwortung der Entwicklungsländer für die Agentur verbinden sich die Interessen dieser Länder mit den Interessen der Agentur, der Anteilseigner und deren Heimatländer am Schutz garantierter Investitionen. Dialog und Zusammenarbeit in diesem Bereich sind geeignet, die politisch-psychologische Hemmschwelle, Maßnahmen gegen Direktinvestitionen zu treffen, für die jeweiligen Gastregierungen anzuheben.

2.3 Als ein neues und besonders von der Interessenzusammenführung her neuartiges Instrument ist die Agentur für die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößte Industrienation somit nicht nur von beträchtlichem entwicklungspolitischen, sondern auch von außenwirtschaftlichem Interesse. Besonderes Augenmerk wird die Bundesrepublik Deutschland bei der künftigen Tätigkeit der Agentur auf die Frage eines hinreichend gesicherten rechtlichen Investitionsschutzes richten.

3. Organisation der MIGA

3.1 Die Agentur wird als rechtlich und finanziell von der Weltbank unabhängige Institution mit Rechtspersönlichkeit und eigenem Haushalt errichtet. Sie wird ihren Sitz in Washington, D.C. haben. Die Mitgliedschaft steht allen Mitgliedstaaten der Weltbank sowie der Schweiz offen. Die Zeichnung des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgte aufgrund des Kabinettbeschlusses vom 23. Juli 1986 am 24. Juli 1986.

3.2 Die Organisationsstruktur der Agentur entspricht der der Weltbank. Die Agentur hat einen Gouverneursrat, ein mindestens zwölfköpfiges Direktorium und einen Präsidenten. Vorsitzender des Direktoriums ist ex officio der Weltbankpräsident.

Die Statuten und Verfahrensregeln für die künftige Geschäftstätigkeit der Agentur wurden im September 1986 in Washington von einem Vorbereitungsausschuß, an dem auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt war, beraten. Sie müssen nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens von den dann zuständigen Gremien der Agentur beschlossen werden.

3.3 Die Agentur wird mit einem Grundkapital von einer Milliarde Sonderziehungsrechten ausgestattet; dies entspricht zum vereinbarten Festkurs einem Gegenwert von 1,082 Millarden US-$. Dieses Grundkapital, an dem sich Industrie- und Entwicklungsländer ihrem Anteil am Kapital der Weltbank vergleichbar beteiligen, wird in 100 000 Anteile im Wert von je 10 000 Sonderziehungsrechten aufgeteilt. Dieses Kapital wird jedoch erst erreicht, wenn alle potentiellen Beitrittstaaten beigetreten sind. 10 % des gezeichneten Kapitals sind innerhalb von neunzig Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in bar zu zahlen; weitere 10 % sind innerhalb derselben Frist in unverzinslichen Schuldscheinen zu hinterlegen. Hinsichtlich der restlichen 80 % erfolgt die Übernahme einer Gewährleistung in Form von abrufbarem Kapital.

3.4 Die Stimmrechtsstruktur folgt im Prinzip dem sogenannten „Bretton Woods-Modell", das unter anderem auch für die Weltbank und den IWF gilt. Jeder Mitgliedstaat erhält 177 Basisstimmrechte und ein Stimmrecht für jeden gezeichneten Anteil. Die Bundesrepublik Deutschland würde über etwa 4,2 % der Stimmen verfügen.

Während einer dreijährigen Übergangszeit wird Industrie- und Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit jeweils ein Sockel von 40 % aller Stimmen gewährleistet; hierzu werden notfalls die Stimmrechte der schwächeren Staatengruppe durch Zusatzstimmrechte aufgestockt. Während dieser Übergangszeit können Entscheidungen nur mit qualifizierter Mehrheit, d. h. nicht gegen eine der beiden Gruppen in ihrer Gesamtheit, durchgesetzt werden.

4. Inkrafttreten

4.1 Das Übereinkommen tritt mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch fünf Industrie- und fünfzehn Entwicklungsländer in Kraft, die zusammen zumindest ein Drittel des Grundkapitals gezeichnet haben. Für Staaten, die bis zum 30. Oktober 1987 ihre Beitrittsurkunde hinterlegen (Gründungsmitglieder), wird der Beitritt wirksam, ohne daß es ihrer Zulassung durch den Gouverneursrat und einer besonderen Festlegung der Beitrittsbedingungen bedarf.

4.2 Ist das Übereinkommen nicht innerhalb von zwei Jahren, nachdem es zur Zeichnung aufgelegt wurde (d. h. am 10. Oktober 1987), in Kraft getreten, soll der Weltbankpräsident nach dem Übereinkommen eine Konferenz der interessierten Staaten einberufen, auf der über weitere Schritte entschieden wird.

5. Kosten

5.1 Als Gründungsmitglied muß die Bundesrepublik Deutschland 5 071 Anteile im Wert von 50,71 Millionen Sonderziehungsrechten zum Festkurs von 1,082 US-$ zeichnen. Unter Zugrundelegung des Haushaltsaufstellungskurses für das Jahr 1988 (1 US-$ = 1,9448 DM) entspricht dies einer Gesamtverpflichtung von rund 106,7 Millionen DM. Hiernach wäre die Bundesrepublik nach den USA und Japan drittgrößter Anteilseigner.

5.2 Die finanzielle Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland wird demnach betragen:

- Bareinzahlung von umgerechnet rund 10,7 Mio DM, fällig binnen 90 Tagen nach Inkrafttreten des Übereinkommens und Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde,
- Hinterlegung eines unverzinslichen Schuldscheines über ebenfalls rund 10,7 Mio DM, fällig in derselben Frist wie der Barbetrag

sowie

- Übernahme einer Gewährleistung über rund 85,4 Mio DM in Form von abrufbarem Kapital.

5.3 Die Bareinzahlung und die Hinterlegung des Schuldscheins werden unter Fortschreibung der Finanzplanung bis 1991 im Entwurf des Haushalts 1988 beim Einzelplan 23 berücksichtigt. Für die Übernahme der Gewährleistung ist bereits im Haushaltsgesetz 1987 (§ 12) eine Ermächtigung enthalten. Da für Gründungsmitglieder eine Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bis zum 30. Oktober 1987 erforderlich ist, die Zahlungsverpflichtungen aber spätestens neunzig Tage nach Hinterlegung fällig sind, fallen auch bei einem Inkrafttreten des Übereinkommens vor oder zum 30. Oktober 1987 für das Jahr 1987 keine Zahlungen an, wenn der Beitritt zwischen dem 4. und 30. Oktober 1987 erfolgt.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 712283 6. 87
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333